

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,60 M.  
Im voraus zahlbar, Vollebezug 4,32 M.,  
einzelständig 60 Bl. Vollebezug 6,00 M.  
72 Bl. Vollebezug 6,00 M. Auslandbe-  
zogenem 6,00 M. pro Monat; für  
Länder mit ermäßigtem Zollsachen-  
porto 5,00 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Festtags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilage „Welt  
und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“,  
„Lehmit“, „Bild in die Welt“,  
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einzeln. Nonpareilgröße 40 Bl.  
Kleinformat 40 Bl. „Kleine An-  
zeigen“ das fertige Blatt 20 Bl.  
Guldfüllig am fertige Blatt 20 Bl.  
weitere Blatt 12 Bl. Kabatt u. Zeit.  
Wochenbeilage das erste Blatt 15 Bl.,  
jedes weitere Blatt 10 Bl. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 60 Bl. Familien-  
anzeigen Seite 40 Bl. Einzelnummern  
im Hauptgeschäftsbetrieb 2 wochen-  
täglich von 8/4 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Klebung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Bernstr.: Tönhöf (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Tel. S. u. Disc.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

## Ohne Frankreich? Ein englisch-amerikanischer Eventualvorschlag.

V. Sch. London, 20. Juli. (Eigenbericht.)

Die auffallendste Tatsache der heutigen Eröffnungssitzung der Londoner Konferenz ist, daß ein Absatz der ursprünglichen programmatischen Rede Macdonalds im englischen Kabinett am Vortag vereinbart worden war, nachträglich aber abgeändert und ergänzt wurde. Ueber den Plan einer internationalen Anleihe sagte Macdonald, er habe erfahren, daß manche Schwierigkeiten überwunden werden müßten, um eine Anleihe auf dem Londoner Markt unterzubringen. Vielleicht sei die Anleihe die Lösung, vielleicht aber auch nicht. Dann hieß es im ursprünglichen Text: „Das Problem ist, zu verhindern, daß das Kapital, welches sich bereits in Deutschland befindet, zurückgezogen werde.“ Dieser Satz ist nun gestrichen und wie folgt ersetzt und ergänzt worden: „Der andere Weg wäre, das Problem direkt anzugreifen, indem man

die innere Lage Deutschlands so stärkt, daß wir der Welt Gemüthsruhe und Stabilität verschaffen können, daß nicht nur weitere Kapitalentziehungen verhindert werden, sondern daß auch das fremde Kapital in Deutschland erhöht wird.“

Dieser Satz ist offenbar auf Grund einer Rücksprache mit Simon und Nelson unmittelbar vor der Eröffnung der Konferenz und anscheinend in vollem Einverständnis mit dem Reichskanzler Dr. Brüning hinzugefügt worden. Dies würde bedeuten, daß dem Plan einer großen internationalen Zwei-Milliarden-Anleihe, der von Frankreich selbst propagiert, aber zugleich mit politischen Forderungen verknüpft wurde, ein neuer Gedanke entgegengesetzt wird: der Gedanke eines sogenannten „Stillhalte-Kredits“, den die amerikanischen und englischen Banken unter Umständen auch ohne Frankreich aufzubringen imstande wären.

Ein solcher Stillhalte-Kredit, dessen Höhe noch nicht genannt wird, würde zur Verfügung der Reichsbank stehen, um die normale Golddeckung wieder herzustellen. Dieser Kredit könnte je nach Bedarf in Anspruch genommen werden und stünde auf alle Fälle bereit. Es liegt der Präzedenzfall der Bank von England vor, die vor zwei Jahren, als der Pfundkurs erschüttert war, einen solchen Kredit von Amerika erhielt, ohne daß es überhaupt nötig war, auf ihn zurückzugreifen.

In der gleichen Richtung liegt die Erklärung des Reichskanzlers Dr. Brüning, der in der heutigen Sitzung sagte, daß es in Deutschland auf zweierlei Dinge ankomme. Erstens die Verhinderung weiterer Kapitalabzüge und zweitens die Wiederherstellung der vierzigprozentigen Golddeckungsgrenze.

### Die Abendkonferenz.

Nach der heute abend im Zimmer des Premierministers im Unterhaus abgehaltenen ersten Konferenz der sieben Mächte wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Die erste Sitzung der internationalen Konferenz fand unter dem Vorsitz des britischen Premierministers in seinem Zimmer im Unterhaus heute nachmittag um 6.30 Uhr statt. Der Vorsitzende eröffnete die Konferenz, indem er die Delegierten willkommen hieß. Er gab eine Erklärung ab, in der er Ursprünge und Ursachen der Krise, die zu der augenblicklichen Lage geführt hat, auseinandersetzte, desgleichen die Wichtigkeit der Aufgabe der Konferenz.

Herr Laval gab der Konferenz einen Bericht über die Zusammenkünfte, die in Paris stattgefunden haben und setzte den Geist auseinander, in dem die Besprechungen zwischen den französischen und den deutschen Ministern eingeleitet wurden.

Er legte im einzelnen die Stellung Frankreichs in der bevorstehenden Debatte dar und drückte von neuem die Hoffnung lokaler Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland für die Wiederherstellung des Vertrauens und des Kredits in der Welt aus.

Dr. Brüning bestätigte den Geist der Zusammenarbeit und drückte seine Dankbarkeit für die Gelegenheit der Pariser Besprechungen aus. Er gab hierauf eine Darlegung mit statistischen Angaben über die finanzielle Lage Deutschlands und die Maßnahmen, die getroffen worden sind, um ihr zu begegnen. Er drängte auf die notwendige Unterstützung zur Besserung (Relief) der Lage. Hierauf wurden Fragen des Verfahrens erörtert und dann die Sitzung bis morgen vertagt. Eine Plenarsitzung der Konferenz wurde auf 10 Uhr vormittags im Foreign Office festgesetzt.

Die in dem Kommuniqué erwähnten Ausführungen Dr. Brünings galten hauptsächlich der deutschen Krise und der Finanzlage Deutschlands. Er hob hervor, daß vor allem zwei Erfordernisse erfüllt werden müssen:

Ein Aufhören der Abrufung der fremden Kredite und eine Erhöhung der Golddecke der Reichsbank.

In seinem Schlußwort sagte Macdonald noch einmal die Ausführungen Lavals und Brünings zusammen. Die Verhandlungen wurden in einem außerordentlich verständlichen Geiste geführt. Macdonald behielt den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichsaußenminister Dr. Curtius zu weiteren Besprechungen im Unterhaus zurück und nahm mit ihnen das Abendessen ein. Außer dem britischen Premierminister und den beiden deutschen Ministern nahmen an dem Essen teil: der britische Schatzkanzler Snowden, Außenminister Henderson und der Ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Balfour.

## Neue Notverordnungen.

### Beamtengehälter für August. Zahlung in zwei Raten.

In einer neuen Notverordnung wird die Reichsregierung bestimmen, daß die Beamtengehälter für August am 31. Juli nur zur Hälfte ausgezahlt werden und der Rest des Augustgehaltes am 10. August zur Auszahlung gelangt. Die Reichsregierung hat sich zu diesem als einmalige Notmaßnahme bezeichneten Schritt auf Grund der gegenwärtigen gespannten Kassenlage des Reiches veranlaßt gesehen.

### Erfassung der Steuerrückstände. 5 Proz. halbmonatliche Verzugszuschläge.

Ämtlich wird mitgeteilt: In den letzten zwei Wochen sind die Steuereingänge außerordentlich stark zurückgegangen. Das ist ein unerträglicher Zustand, der den ganzen Verwaltungsapparat auf die Dauer lahmlegen würde. Deshalb ist eine pünktliche Steuerzahlung dringend erforderlich.

Um dieses Ziel zu erreichen und den ordnungsmäßigen Eingang der Steuern des Reiches, der Länder, Gemeinden und Gemeindevorstände zu gewährleisten, ist am Montag eine Verordnung über Zuschläge für Steuerrückgänge erlassen worden. Diese Verordnung enthält im wesentlichen die gleichen Bestimmungen, wie sie im Dezember 1923 durch die zweite Steuernotverordnung getroffen wurden. Die wichtigste der Bestimmungen lautet dahin, daß für rückständige Beträge an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschafts-

steuer, Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hauszinssteuer für die Zeit vom 1. August 1931 ab Verzugszinsen in Höhe von 5 Proz. halbmonatlich erhoben werden.

Eine Erhebung von Verzugszuschlägen findet jedoch insoweit nicht statt, als die Steuerbehörde für die rückständige Steuer Stundung bewilligt hat. Gestundete Steuern sind, soweit nicht zinslose Stundung bewilligt ist, mit jährlich 5 bis 12 Proz. zu verzinsen. Für die sogenannten Aufschubzinsen (insbesondere bei Zöllen) beträgt der Zinssatz in Zukunft 10 Proz. jährlich; doch bleibt es für Beträge, die vor der Verkündung der neuen Verordnung aufgehoben worden sind, bei dem bisherigen Zinssatz.

### Der Fall Lahusen im Landtag. Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende Große Anfrage eingebracht:

Der Bremer Nordwolle-Konzern, der unter Leitung der Familie Lahusen steht, ist mit einer Schuldenlast von 250 Millionen Mark zusammengebrochen. Die Gründe dieses in der Wirtschaftsgeschichte beispiellosen Wirtschaftskrachs sind zweifellos zum Teil krimineller Natur. Nach Zeitungsmitteilungen sollen die verantwortlichen Mitglieder der Familie Lahusen betrügerische Handlungen auch auf preussischem Gebiet begangen haben. Ist das Staatsministerium bereit, soweit preussische Zuständigkeit gegeben ist, mit allen verfügbaren Kräften der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft diesem ungeheuren Wirtschaftsverbrechen nachzugehen?

## Die Presse-Verordnung. Keine kleinliche Handhabung!

Von Carl Severing.

Die Presseverordnung des Reichspräsidenten vom 17. Juli dieses Jahres gibt den Behörden unleugbar weitgehende Eingriffsmöglichkeiten in die Bewegungsfreiheit der Presse. Es ist deswegen nicht verwunderlich, daß die Presse selbst die Verordnung nicht gerade freundlich aufgenommen hat. Die Organe der äußersten Radikalen von rechts und links nennen sie das Ende der Pressefreiheit, aber auch von den Zeitungen, die im allgemeinen die Politik der republikanischen Regierungen unterstützen, sind Zweifel an ihrer Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, mindestens aber an ihrer loyalen Durchführung geäußert worden. Es ist daher wohl nicht ganz überflüssig, zur Behebung unbegründeter Bedenken auf folgendes zu verweisen:

Als im Frühjahr die zuständigen Stellen des Reiches mit den Ländervertretern wegen der Bekämpfung politischer Ausschreitungen Fühlung nahmen, ist damals schon empfohlen worden, um gesetzliche Vorschriften vorstellig zu werden, wie sie etwa in der neuen Presseverordnung enthalten sind. Daß derartige Vorschriften jedoch nicht in die Notverordnung vom 28. März d. J. aufgenommen worden sind, ist wohl dahin zu deuten, daß alle zuständigen Stellen der Legislative und Exekutive bemüht gewesen sind, Einschränkungen der Pressefreiheit nach Möglichkeit zu vermeiden. Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Notlage beträchtlich verschlimmert, gleichzeitig hat aber auch die politische Verheerung eine weitere Verschärfung erfahren, an der die Behörden nicht achtlos vorübergehen können, wenn sie die Pflichten ihres Amtes nicht größtlich vernachlässigen wollen. So ist die neue Presseverordnung entstanden. Aber auch die Form ihrer Intraffizierung beweist, daß an eine Anhebung der Presse nicht gedacht ist. Sie ist nicht in die Bestimmungen der Verordnung vom 28. März hineingearbeitet worden, sondern präsentiert sich als Sonderverordnung, deren Notstandsbestimmungen sehr leicht wieder aufgehoben werden können, ohne andere von Dauerbedarf mitzureißen, sobald der Notstand selbst beseitigt ist.

Wer heute diesen Notstand leugnet, gehört zu den unheilbaren politisch Blinden oder ist ein böswilliger Ignorant. Ein Blick in die radikale Presse belehrt jeden, der sehen will, daß den gräßlichen Bluttaten, die heute leider zu alltäglichen Erscheinungen geworden sind, in vielen Artikeln dieser Presse erst der Stimmungsboden bereitet wird, aus dem die vielen politischen Rohheitsdelikte erwachsen. Hier ist die genannte Presse weniger Mundstück, als vielmehr Macher der öffentlichen Meinung, die schließlich eine Bluttat, verübt an einem politischen Gegner, als etwas ganz Natürliches betrachtet. Das können die Behörden unmöglich dulden. Das will aber auch das Publikum und selbst die Presse nicht geduldet sehen. Die täglichen schriftlichen und mündlichen Vorstellungen aus den Kreisen aller Bevölkerungsschichten beweisen es. Es beweisen aber auch die gelegentlichen Rahnungen der Presse. „Wie lange darf so etwas noch in Deutschland gedruckt werden? — fragte vor kurzem ein großes Blatt in berechtigter Empörung über einen nationalsozialistischen Schmähartikel. „Es ist zu verlangen, daß die Polizei diesen Dingen eine größere Aufmerksamkeit schenkt!“, — mahnte ein anderes Blatt der Reichshauptstadt, als es auf die alarmierenden Inflationsparolen der kommunistischen Presse aufmerksam machte.

Ja, die Polizei! Die Polizei soll alles! Die Polizei soll nach den Wünschen ihrer Kritiker streng und mild, zur Stelle und abwesend sein, heute die Augen aufschlagen und morgen zudrücken. Die Polizei soll „scharf zupacken“ und „hart werden“ — wenn, um ein altes hausbackenes Wort zu gebrauchen, das Kind ertrunken und alles davon überzeugt ist, daß nunmehr der Brunnen zugedeckt werden muß. Die Polizei soll aber auch den Bürger Redakteur oder den Bürger Verleger nicht behelligen — „das sei ja unerhört“, so sollte lieber den wirklichen Verbrechern nachgehen, da finde sie Belästigung genug“ usw. So allmächtig, wie in diesen Anschauungen und Vorstellungen die Polizei eingeschätzt wird, ist sie aber nicht. Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem für Polizeimißtätigkeiten kein Raum sein sollte. Die Polizei kann nicht beliebig scharf zupacken und nicht beliebig duldsam sein. Sie hat den Befehlen Beachtung zu verschaffen und dadurch die Sicherheit des Einzelnen und die Ordnung im Staat zu schützen. Und wenn dazu die gesetzlichen Bestimmungen nicht reichen, müssen sie ergänzt werden.

Die weitgehenden, weil sehr dehnbaren Bestimmungen



des preussischen allgemeinen Landrechts lassen eine Anwendung auf die Presse nicht zu. Die Vorschriften des Republik- schutzgesetzes und der Verordnung vom 28. März zeigen erhebliche Lücken, die ein Einschreiten bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht möglich machen. Die Behörden können zwar Blätter verbieten, die zum Ungehör- sam gegen Befehle auffordern, Religionsgesellschaften verächt- lich machen oder leitende Beamte des Staates beschimpfen. Sie konnten bisher aber nicht einschreiten, wenn in Artikeln der radikalen Presse über die Krise auf dem Geldmarkt das Publikum in die ärgste Panik- und Verzweiflungsstimmung geradezu gekehrt wurde. Sie mußten es geschehen lassen, daß die ärmsten Opfer der Wirtschaftskrise, die Erwerbslosen, in die Auffassung verkehrt wurden, als sollten sie durch eine Ein- stellung der Unterstützungszahlungen buchstäblich dem Hungertode überantwortet werden. Man wird zugeben müssen, daß diese Dinge schwerere politische Ausschreitungen sind, und die Ordnung im Staate und den Staat selbst mehr gefährden können als eine Ministerbeleidigung. Darum mußte aber auch gegen derartige Ergüsse ein Einschreiten der Behörde ermög- licht werden.

Daß die Form, in der das nun durch die Pressever- ordnung geschieht, zu wünschen übrig läßt, wird kein Kun- diger bestreiten wollen. Statt klare, zweifelsfreie Tatbestands- merkmale als Grund zum Verbot aufzuführen, bleibt es dem Ermessen der Behörde überlassen, zu entscheiden, ob durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet und damit der Verbotgrund gegeben wird. Das gewährt weite Vollmachten, vermehrt aber auch in demselben Maße die Verantwortung der mit der Verbots- ausführung betrauten Stellen. Die Verordnung weist übrigens dieselbe Formulierung auf, die im § 1 Ziffer 4 der Verord- nung vom 28. März gewählt ist, und man darf daraus folgern, daß es bei der wachsenden Mannigfaltigkeit der Er- scheinungsformen in den politischen Kämpfen von heute sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich ist, mit einer weiteren Spe- zialisierung der Verbotsvoraussetzungen alle Fälle zu treffen. Es kommt darum alles auf die Ausführung der Verordnung an, und daß die in Preußen von der Regierung Braun nicht kleinlich gehandhabt wird, bedarf keiner Betonung. Der Buchstabe der Verordnung soll nicht töten, der Geist ihrer Ausführung aber schützen und erziehen.

Die neue Vorschrift, die den verantwortlichen Schriftleiter einer Zeitung verpflichtet, auf Verlangen der obersten Reichs- und Landesbehörden Kundgebungen oder Entgegnungen auf- zunehmen, kann bei richtiger Handhabung gute Früchte tragen, wird in ihrer Wirkung auf die Presse selbst jedoch vielfach überschätzt. Es wird sich sehr bald herausstellen, daß die Sorge der Presse, als ob die Regierungen mit dieser Be- stimmung jede Zeitung sozusagen zu einem unfreiwilligen „Reichs- und Staatsanzeiger“ machen könnten, unbegründet ist. Soll die Bestimmung überhaupt einen Sinn behalten, dann darf von ihr nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht werden. Eine andere Praxis würde die Einrichtung stumpf machen und der Staatsautorität auch nicht gerade zuträglich sein. Bei Verleumdungsgeschehnissen kommt selten etwas her- aus, was dem Republikum als Richtschnur einget. Das weiß jeder Redakteur, man darf annehmen, daß von dieser Erkenntnis auch die Regierungen durchdrungen sind — oder durchdrungen werden.

Die Behörden Preußens begegnen sich mit der Presse in dem Wunsche, daß sich die Verordnung als überflüssig erweisen und recht bald wieder verschwinden möge. Das wird sie an dem Tage, an dem die Presse aller Parteien zur alten Selbstdisziplin zurückkehrt und außer der Freiheit der Presse auch die Freiheit der anderen anerkennt und achtet.

## Die Presse für Pressefreiheit.

### Reichsarbeitsgemeinschaft zur Rotverordnung.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse, in der die deutschen Redakteure und Verleger vereinigt sind, erklärt:

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse muß ver- langen, daß auch in dieser Notzeit des deutschen Volkes die Pressefreiheit unbedingt gewahrt bleibt. Die Frei- heit ist das Lebenselement der Presse, unentbehrlich für die Er- füllung ihrer Pflichten gegenüber Volk und Staat.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft erkennt an, daß die Verant- wortung der deutschen Presse als Trägerin wichtigster öffentlicher Interessen heute besonders groß und schwer ist. Sie verurteilt daher aufs schärfste jeden Mißbrauch der Presse- freiheit. Sie kann aber in der Rotverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931 kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen der Presse er- blicken.

Die Rotverordnung verstößt, von technischen Mängeln ganz abgesehen, gegen die elementaren Grundlagen des Lebens und der Freiheit der Presse, besonders dadurch, daß es in das subjektive freie Ermessen zahlreicher Behörden gestellt wird, in dem Inhalt von Zeitungen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erblicken und Zeitungen deshalb zu verbieten. So behindert die Verordnung in ihrer jetzigen Form auch die Mitarbeit und Kritik der verantwortungsbewußten Presse und führt damit schwere Gefahren für die Meinungs- und Urteils- bildung in der Öffentlichkeit herauf.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse erhebt des- halb gegen diese Verordnung entschiedenen Widerspruch. Sie gibt ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß eine so tief- eingreifende Verordnung erlassen worden ist, ohne daß ihr als der zuständigen Berufsvertretung Gelegenheit gegeben wurde, vorher Stellung zu nehmen.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft ist pflichtgemäß unverzüglich in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen eingetreten, um die Aufhebung der unerträglichen Bestimmungen dieser Verordnung gegen die Pressefreiheit zu erlangen. Einstweilen hat die Reichs- regierung zugefagt, auf eine liberale und nicht schikanöse Hand- habung hinzuwirken.

Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen des preussischen Innenministers Severing, die wir in dieser Nummer unseres Blattes veröffentlichten und schließen uns lebhaft seinem Wunsche an, daß die Verordnung bald über- flüssig werden und verschwinden möge.

Im Preussischen Landtag haben die Deutschnationalen

# Macdonalds Konferenzrede

## Finanz vor Politik / Das Vertrauen muß wieder hergestellt werden

London, 20. Juli.

In der Rede, mit der Macdonald die erste Sitzung der Sieben- mächtigen Konferenz eröffnete, sagte er u. a.:

Während der letzten zwei Jahre ist die Wirtschaftslage der Welt durch einen noch nie dagewesenen Preissturz aus dem Geleise gebracht worden. Der Weltmarkt hat einen anhaltenden und verhängnisvollen Rückgang erfahren. Der Fall der Preise hat

### die Lasten aller Schuldner sehr vergrößert,

und hat budgetäre und finanzielle Schwierigkeiten für alle Schuldner- länder mit sich gebracht. Ihre Wirkungen sind in der stärksten Form von den Staaten empfunden worden, die ich internationale, industrielle und finanzielle Staaten nennen möchte. Die sehr be- sondere Lage Deutschlands sowohl als Exportstaat als auch als Schuldnerstaat hat alle Probleme, die bei den anderen Staaten eine weniger kritische Form angenommen haben, in ganz besonders starkem Grade auf Deutschland konzentriert. Die deutsche Regierung hat die Steuern erhöht und ihrem Volke Opfer auferlegt, aber sie hat sich gezwungen gesehen, im vorigen Monat zu erklären, daß sie nicht weiter gehen könne und daß sie von ihrem Recht, einen Aufschub ihrer Verbindlichkeiten unter dem Young-Plan zu erklären, bis die Situation sich gebessert hat, Ge- brauch zu machen gezwungen sein werde.

Dies beunruhigte die ausländischen Kreditgeber, von deren Unterstützung Deutschland im großen Maße während der letzten sechs Jahre abhängig war und Zurückziehungen von kurzfristigen Krediten folgten in sehr großem Umfang. Bis zum 18. Juni schien die Lage fast hoffnungslos, als

das Ansehen der Welt in einer halben Stunde durch die drama- tische Ankündigung des Angebots Präsident Hoovers sich änderte.

Die Geschichte wird diese Entscheidung als einen Akt seltenen Muts und seltener Staatskunst bezeichnen. Es war keine Kleinigkeit, das Volk der Vereinigten Staaten, das so weit von Europa ent- fernt ist und selbst mit einer heimischen Depression zu kämpfen hat, aufzufordern, ein Jahr lang alle Ansprüche auf interstaatliche Schul- den zu suspendieren. Meiner Ansicht nach aber war es ebenfalls eine Handlung gesunden Geschäftsinnes. Ihre Wirkung war zu Beginn erstaunlich. Nicht nur hob sich der Wert der Aktien mit einem Sprung, auch die Warenpreise zogen an.

Kriegsschulden und Reparationen sind nicht sich selbst liquidie- rende Verpflichtungen, wie Anleihen für produktive Zwecke gemacht worden sind. Sie können nur durch den Export von Gütern in die Gläubigerländer bezahlt werden, oder, soweit der Bewegung von Waren Hindernisse im Wege stehen, durch Goldexporte. Auf diese Weise bieten

die Zahlungen von Reparationen und Kriegsschulden in Zeiten wirtschaftlicher Depression besondere Schwierigkeiten.

und das Bewußtsein, daß diese Schwierigkeiten bestehen, schwäche das Vertrauen der Investoren und dieser Umstand wie- derum vergrößere die ursprünglichen Schwierigkeiten, so daß ein Circulus viciosus geschaffen wird. Der gordische Knoten war für einen Augenblick durch des Präsidenten wohlthätiges Schwert erfolg- reich durchschnitten. Aber ausländische Kredite wurden weiterhin aus Deutschland zurückgezogen. Es ist von dem deutschen Finanz- minister erklärt worden, daß zwischen 150 und 200 Millionen Pfund Sterling ausländischer Devisen kürzlich von Deutschland verloren worden sind — eine Riesensumme, die mehr als den Wert zweier Reparationsannuitäten darstellt.

Die Tropfen der zurückgezogenen Devisen wurden zum Fluß, der Fluß zum Strom und der Strom zur Flut, bis der unver- meidliche Zusammenbruch erfolgte.

So haben wir nicht nur die Maßnahmen zu erörtern, die nötig sind, um Präsident Hoovers Vorschlag in die Tat umzusetzen, son- dern wir haben darüber hinaus noch die dringende Aufgabe zu besprechen, die sich früher in Deutschland entwickelt hat. Andern- falls wird es schwierig sein,

die Flut einzudämmen, bevor sie ganz Zentraluropa über- mältigt hat.

mit Folgen sozialer, politischer und rein finanzieller Art, die kein Mensch abschätzen kann. Wenn der ausländische Investor sein nor- males Vertrauen zu Deutschland behalten hätte, so würde Deutsch- land seither gesichert geblieben sein und wir würden uns heute nicht unter diesen Bedingungen treffen. Bezüglich Deutschlands Budget, seine Handelsbilanz, seine wirtschaftlichen und industriellen Organisationen sind große Anstrengungen gemacht und Opfer gebracht worden und die Lage zeigte keine grundsätzlichen Schäden. Unsere Aufgabe ist daher mit einem Wort

das Vertrauen des ausländischen Investors zu Deutschland wiederherzustellen.

Dieses Problem hat offenbar sowohl politische als auch finan- zielle Seiten, aber die Aufmerksamkeit der Konferenz muß sich auf die letzteren konzentrieren. Die Tatsache, daß wir alle heute hier zusammengekommen sind, ist in sich selbst eine Bekundung des von allen Seiten bestehenden Wunsches, die herzlichen Beziehungen auf- rechtzuerhalten.

Darf ich an dieser Stelle wagen, den Geist zum Ausdruck zu bringen, in dem wir entschlossen sind, an unsere Arbeit heranzu- gehen. Wir sind hier als Vertreter unserer verschiedenen Nationen, aber wir sind auch hier in einem Geiste kooperativen Willens, entschlossen, unsere Beratungen mit einer Verein- barung zu beenden, die nicht nur den Erfordernissen der gegen- wärtigen Krise begegnen wird, sondern auch eine Zeit aufrichtiger und gegenseitiger Bemühung und Befriedigung der aufgeregten Ge- müter neu eröffnen wird.

Zunächst wollen wir uns alle selbst zugesiehn und bekennen, daß es einige Punkte gibt, denen der eine oder andere von uns nicht zustimmen kann, weil die öffentliche Meinung, der gegenüber wir loyal bleiben müssen, es uns nicht erlauben wird.

Wir sind nicht hier, um etwas zu erzwingen oder um jemand zu Fall zu bringen, oder um jemand zu demütigen.

Wir sind hier, um zu verstehen, um in objektiver Weise unsere Probleme zu erwägen, um daran zu denken, wie eng wir in wesentlichen Dingen voneinander abhängen und einander anzupassen und uns auf etwas zu einigen, was jeder von uns vor sein Parlament zu bringen, erklären und zur Annahme bringen kann.

Das Problem besteht darin, zu verhindern, daß das Kapital, das bereits in Deutschland ist, zurückgezogen wird.

Es kann keine Frage geben über

die innere Stärke der deutschen Wirtschaft, vorausgesetzt, daß sie die Hilfsquellen hat, die sie benötigt.

Es war zu diesem Zweck, daß Präsident Hoover für alle Schul- den, Reparationen und Kriegsschulden eine Suspendierung für ein Jahr vorschlug. Dies bedeutet für Deutschland eine wirkliche und sehr bedeutende Erleichterung. Sie wird sich vielleicht als nicht genügend herausstellen. Dies ist ein Punkt, den wir später untersuchen können. Aber ich denke: unser erster Schritt ist, mit der größtmöglichen Beschleunigung über die Mittel zu entscheiden, durch die dieser Plan endgültig in die Tat umgesetzt werden kann. Ich betone „mit der größtmöglichen Beschleunigung“. Die Zeit ist uns feindlich. Jeder Tag erhöht die Gefahren eines Zusammenbruchs, der über die menschliche Kontrolle hinausgeht.

wegen der Presseverordnung interpelliert. Das sind schon die richtigen Vorkämpfer der Freiheit!

### Ein zweites Schreiben Births.

Der Reichsminister des Innern empfing am Montag den Vor- stand der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse zu einer eingehenden Aussprache über die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr politischer Aus- schreitungen vom 17. Juli 1931. Zur Verhütung von Mißverständ- nissen hat der Reichsinnenminister in einem zweiten Schreiben an die obersten Reichs- und Landesbehörden ergänzende Richtlinien für die Handhabung der Verordnung herausgegeben, in denen es heißt:

„Die Verordnung gestattet nur, die Aufnahme solcher Kund- gebungen oder Entgegnungen zu verlangen, die von der Behörde ausgehen, die das Ersuchen stellt, also amtliche Verlautbarungen dieser Stelle sind. Das Recht, eine periodische Druckschrift zu ver- bieten, wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, setzt voraus, daß eine bestimmte in der Druckschrift erscheinende Veröffentlichung die Annahme einer solchen Gefährdung begründet. Wegen ihrer Tendenz als solcher darf eine Zeitung oder Zeitschrift also nicht verboten werden. Dies ergibt sich rechtlich schon daraus, daß in der Verordnung die Grundrechte und insbesondere das Verbot des Artikels 118 der Reichsverfassung, eine Druckschrift wegen ihrer geistigen Richtung als solcher zu verbieten, nicht auf- gehoben sind.“

Bei dieser Gelegenheit gebe ich mit Rücksicht auf die durch die neue Verordnung gewährte einschneidende Verbotsbefugnis, einem Wunsche der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse folgend, noch der Ermärkung Ausdruck, daß die Vorlegung von Be- schwerden in allen Fällen ohne jede Verzögerung erfolgt.“

## Die unhaltbare Ausreisesteuer.

### Verkehrsminister beantragt Aufhebung der Verordnung.

Im Reichsrat, der am Montag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten war, protestierten zahlreiche Ländervertreter in Anwesenheit des Reichsfinanzministers heftig gegen die Be- steuerung von Auslandsreisen. Das Reichsver- kehrsministerium hat die Aufhebung der Rotverordnung beantragt.

Unterdessen beschäftigte man sich am Montag im Reichsfinanz- ministerium mit den Durchführungsbestimmungen für die Besteue- rung von Auslandsreisen. In Anbetracht

der endlosen Proteste gegen die Verordnung,

die inzwischen zu Tausenden bei der Reichsregierung eingelaufen sind, beabsichtigt man zahlreiche Rückgaben. So soll weder die

Einreise nach Danzig noch die nach dem Saargebiet be- steuert werden. In der Praxis führt das dazu, daß ein großer Teil des Verkehrs nach den Weststaaten über das Saargebiet vor sich gehen wird. Außerdem ist geplant, Auslandsreisen, die aus zwin- genden Gründen, wie z. B. in Todesfällen vorgenommen werden müssen, von der Besteuerung zu befreien. Die Folge wird sein, daß man sich vom Ausland her unter Angabe zwingender Gründe tele- graphisch Reisen bestellt, ohne daß die Behörden die Möglichkeit haben, jeden einzelnen Fall genau nachzuprüfen. Wachen sie den Versuch dazu, so bedeutet das eine neue, die Sache wirklich nicht löhende Belastung des Behördenapparats bzw. neue öffent- liche Geldausgaben, denn schließlich kosten die Recherchen nicht nur Zeit, sondern auch Geld.

Die Verordnung ist eben in der Praxis unmöglich. Entweder führt man sie strikte durch und ruft damit

### eine ungeheure Erbitterung

herauf, die schon nach wenigen Tagen zur Aufhebung der Verord- nung führen muß, oder man macht wenigstens für die dringenden Auslandsreisen Ausnahmen und dann wird sich bald zeigen, daß die ganze Verordnung für die Krise ist. Wozu also erst experi- mentieren, wenn man von vornherein von dem Mißerfolg über- zeugt ist? Nur weil die Verordnung nun einmal erlassen ist?

## Auffchrei der Scharfmacher.

### Die Geldgeber der Halantkreuzler zetern über Volksverhehung

Die Anprangerung der Schuld der bankrotten Wirtschaftsführer durch die Sozialdemokratische Partei hat die Schuldigen hart getroffen. Aus der ausgesprochensten Scharfmacher- organe neben der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Berliner Börsenzeitung“, die „Bergwerkszeitung“, tobt gegen uns:

„In Preußen regiert Herr Severing. Er wird bestimmt dem „Vorwärts“ zum Beispiel niemals ein Haar krümmen, obwohl es in Deutschland kaum ein Blatt gibt, das die Volksver- hehung so systematisch und in der Wahl der Mittel so unbedenklich betreibt, wie dieses Organ der größten preussischen Regierungspartei.“

Wenn mir die Schuld des kapitalistischen Systems und der bankrotten Wirtschaftsführer anprangern, ist dies — Volksverhehung. Wenn aber die „Bergwerkszeitung“ und vor allem die ihr nahestehende nationalsozialistische Presse die niedrigste und gemisslichste Hege bis zur Aufreizung zum Mord betreibt — was ist das?

Die Herzschaften (sich) geglaubt zu haben, daß das deutsche Volk ihnen für ihren grandiosen Bankrott noch Ehren- porten errichten würde!



# Todesopfer der Danatbank.

## Selbstmord eines Fabrikbesitzer-Ehepaares.

In seiner Villa in der Hohenzollernstraße 10 wurden am Montag der 64 Jahre alte Fabrikbesitzer Arthur Jassé und seine 54 Jahre alte Ehefrau Emma, geb. Böhm, mit Veronal vergiftet tot aufgefunden. Gerüchte wollen wissen, daß das Ehepaar freiwillig aus dem Leben geschieden ist, da Jassé befürchtete, durch den Zusammenbruch der Danat-Bank sein gesamtes Vermögen zu verlieren.

Zu der Tragödie erfahren wir noch weitere Einzelheiten? Jassé war mit seiner Gattin zur Kur in Nigles-Bains in Frankreich gewesen und erst am Sonntag nach Berlin zurückgekehrt. Jassé ist Inhaber einer mittleren chemischen Fabrik in der Alexanderstraße 27a, die seit über 30 Jahren besteht und in Kreisläufen gut bekannt ist. Die 26 Jahre alte Tochter des Ehepaares ist Mitinhaberin des Betriebes und wird die Fabrik weiterführen. Von dem Rechtsbeistand des Fabrikbesitzers, dem Rechtsanwalt Dr. Fuchs, wird uns mitgeteilt, daß

Jassé seit mehr als 30 Jahren auch Kunde bei der Danat-Bank war.

Sein Kredit war vielleicht gedeckt, wurde aber von Jassé nur zu einem Viertel in Anspruch genommen. Auf Grund der Verordnungen war aber nichts ausgezahlt worden, so daß in dem Betriebe, der sonst keine geschäftlichen Schwierigkeiten hatte, Störungen in den Lohnzahlungen für die Arbeiter entstanden. Nach der Rückkehr des Ehepaares am Sonntag waren der Prokurist und der Rechtsbeistand nach zu Besprechungen in der Wohnung gewesen und hatten sich gegen Abend verabschiedet. Bei der Unterredung war zur Sprache gekommen, daß die Bank verlangt hatte, Jassé sollte eine Tratte unterzeichnen, die er in drei Monaten einlösen mußte. Der Fabrikbesitzer hatte sich geweigert mit der Begründung, daß er nicht voraussagen könne, wie die Lage in einem

vierteljahr sein werde. Es widersprach seinem stark ausgeprägten Ehrgefühl, Verpflichtungen einzugehen, für die er augenblicklich nicht garantieren konnte. Nachdem der Rechtsanwalt und der Prokurist das Haus verlassen hatten, muß das Ehepaar zu dem Entschluß gekommen sein, freiwillig und gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Aus Abschiedsbriefen geht unzweifelhaft hervor, daß die Ehefrau mit dem Entschluß einverstanden gewesen ist.

### Ein zweites Ehepaar begeht Selbstmord.

Wenn bei dem Selbstmord des Fabrikbesitzers Jassé und seiner Gattin besondere Gründe mitgesprochen haben mögen, so dürfte bei dem zweiten Doppelselbstmord die nackte Not die Triebfeder gewesen sein.

In ihrer Wohnung im Gartenhause Erasmusstraße 1 in Moabit wurden am Montag der 48 Jahre alte Händler Karl Hartmann und seine 45 Jahre alte Ehefrau Emma mit Gas vergiftet tot aufgefunden.

Da die Wohnung im Erdgeschoß liegt, fiel es den Nachbarn auf, daß sich den ganzen Tag hindurch niemand von den Eheleuten zeigte. Man schöpfte Verdacht und benachrichtigte Polizei und Feuerwehr. Die Wohnung mußte mit Gewalt geöffnet werden. Der Händler Hartmann war bereits tot, seine Frau konnte nach langen Bemühungen der Feuerwehr ins Leben zurückgerufen werden, war aber so stark mitgenommen, daß sie nach dem Moabit Krankenhaus gebracht werden mußte. Ob sie zu retten sei, ist noch ungewiß. Hartmann hat zusammen mit seiner Frau früher, als er noch selbständiger Kaufmann war, bessere Tage gesehen. In den letzten Jahren ernährte sich das Paar kümmerlich vom Straßenhandel. Wie man von den Nachbarn hört, stand das Paar jetzt vor dem Nichts, da es durch unglückliche Geschäfte alles verloren hatte.

gerung über den 2. August d. J. hinaus wegen der technischen Vorbereitungen für die kommenden Herbstausstellungen unmöglich ist.

# Vor dem Urteil in Lüneburg.

Heute berät das Gericht im Straube-Prozess.

Lüneburg, 20. Juli.

Der heutige Verhandlungstag im Scheuener Fürsorgeprozess war durch die Replik des Staatsanwalts und des Nebenklägers, der die Zöglinge der Revoltegruppe verteidigt, ausgefüllt.

In sehr scharfen Worten verlangte der Staatsanwalt im Gegensatz zu der Ansicht, die auch von uns nach seinem Plädoyer geäußert wurde, die Bestrafung der Zöglinge aus der Revoltegruppe. Er sagte unter anderem, daß er entsetzt gewesen sei über die von der einen Seite (Rechtsanwalt Bömenthal) erfolgte Verherrlichung der Revolte. Er brandmarkte so den Schaden, der aus einer politisch aufgelegten Verteidigung entsteht. Die revoltierenden Zöglinge hätten keinen Zweifel darüber haben können, daß ihre Knüppel eine Waffe darstellten und daß ihre Handlungsweise ungesetzlich war. Auch der Tatbestand der versuchten Mordtötung Straube gegenüber sei erfüllt. Zweifellos sei Straube zum Vorgehen gegen die Anführer der Revolte berechtigt gewesen. Er habe sich aber nicht der Burden aus der Topftrahergruppe und der von ihm angewandten Waffen und Mittel bedienen dürfen. Die Rotwehre sei für Straube nicht mehr gegeben gewesen, als die revoltierenden Zöglinge auf den ersten Schuß geflohen seien.

Hieraus sei Straubes Verhalten in der Verhandlung als Ausfluß seines schlechten Gewissens und seines mangelnden Mutes zur Wahrheit zu erklären.

Der Nebenkläger bedauerte, daß man in der Beurteilung der Taten Straubes bei 1926 stehen geblieben wäre und nicht bis 1914 zurückgegangen sei. Wenn der Zögling Ledebour nicht gestorben wäre, würden vielleicht die hunderttausend Fürsorgezöglinge weiter unter der Fuchtel einer brutalen Anstaltszucht leiden müssen. Er schloß mit den Worten: Es ist eine Schmach, solche Zustände zu dulden.

Aus den Ausführungen des Staatsanwalts Rastendiek sei am Tage vor der Urteilsfällung herausgestellt, daß

der Vertreter der Anklagebehörde eine Bewährungsfrist für die Zöglinge aus der Revoltegruppe, wie er ausdrücklich betont, nicht abgelehnt

hat. Bei dem Strafantrag gegen Straube, so sagte er weiter, fiel als strafpersönlich ins Gewicht, daß die Prügelstrafe für alle Heime und Anstalten durch das Landesjugendamt generell verboten war.

Nach kurzen Ausführungen der Lüneburger Offizialverteidiger wurde die Verhandlung geschlossen. Der Dienstag ist den Beratungen des Gerichts vorbehalten.

### Straube wieder in Lüneburg.

Auf Ansuchen seines Verteidigers ist der Hauptangeklagte im Fürsorgeprozess, Straube, wieder nach Lüneburg zurückgeführt und hat an der Nachmittags Sitzung teilgenommen. Der Prozess wurde auf Freitag 15 Uhr vertagt.

### Unwetter über Stettin.

Ueber Stettin ging am Montagmittag ein Gewitter mit schwerem Wolkenebruch nieder. Das Unwetter, das fast eine Stunde lang anhielt, hat durch Ueberflutung von Kellern usw. vielen Schaden angerichtet. Die Feuerwehr wurde etwa sechszigmal alarmiert.

# Sensation im Kommunistenprozess.

## Zwei Schupobeamte unter dem Verdacht des Meineides.

Der Prozess gegen die zwanzig Kommunisten, der seit vielen Wochen das Landgericht III wegen der Vorfälle von Hohenschönhausen beschäftigt, brachte gestern zwei Sensationen.

Die erste betraf die Aussage zweier Schupobeamten B. und D. Sie hatten, wie erinnerlich, behauptet, bei ihrer Streife in der Meyer Straße Schüsse gehört und das Ausblitzen von Lichtstreifen gesehen zu haben. Der neulich an der Friedhofsmauer in der Lichtenberger Straße abgehaltene Kollateralmartin befragte sich in der Hauptphase mit der Feststellung, ob es möglich sei, von der Meyer Straße aus überhaupt das Ausblitzen der Schüsse zu sehen. Die Beamten blieben bei dem Kollateralmartin bei ihren ursprünglichen Aussagen. Das Ergebnis verlief aber negativ. Nun meldete sich gestern ein Zeuge, der erst durch den Kollateralmartin auf die ganze Angelegenheit aufmerksam geworden war, und erklärte unter seinem Eide, daß die beiden Wächtermeister im Augenblick, als die Schüsse fielen, sich im Lokal „Zum Südwestafrikaner“, Ecke Strahburger und Lichtenberger Straße, befanden und erst nachdem die Schüsse gefallen waren, sich zum Tatort begeben hätten. Als Rechtsanwalt Dr. Brah eine Gegenüberstellung dieses Zeugen mit den beiden Beamten beantragte, meinte der Vorsitzende mit besonderer Betonung, daß dies angesichts der eindeutigen Aussage des Zeugen überhaupt nicht mehr erforderlich sei. Trotzdem soll am Mittwoch auch noch der Wirt des Lokals gehört

werden. Gegen die beiden Wächtermeister wird höchstwahrscheinlich ein Meineidsverfahren eingeleitet werden. Sie haben anscheinend, um nicht gestochen zu müssen, daß sie während der Streife im Lokal ein Glas Bier getrunken haben, vor Gericht die Unwahrheit gesagt. Es sind ältere Beamte, jeder von ihnen zählt etwa 40 Jahre. Uebrigens ist von nationalsozialistischen Zeugen bereits früher behauptet worden, daß die Schupowachmeister die Lichtenberger Straße entlanggekommen seien.

Die zweite Ueberraschung brachte die Aussage eines Zeugen, der in der Nacht vom Balkon seiner Bekannten in der Meyer Straße gesehen haben will, daß die Nationalsozialisten zuerst geschossen und etwa zwanzig Schüsse abgegeben haben. Der Zeuge machte einen ganz ausgezeichneten Eindruck. Das Gericht beschloß, auch die Wohnungsbesitzer, die sich augenblicklich in Bayern befinden, als Zeugen zu laden.

### 50000 Wochenend-Besucher auf der Bauausstellung.

Je mehr sich die Bauausstellung ihrem Ende nähert — sie wird am 2. August ihre Pforten schließen —, um so stärker ist das Besucherinteresse in breiten Publikumskreisen. Das vergangene Wochenende brachte nicht weniger als 50 000 Besucher auf das Ausstellungsgelände, darunter zahlreiche auswärtige Gäste. So brachte am Sonntag allein ein einziger Sonderzug aus Thüringen über 1000 Besucher zur Ausstellung. Da trotz wiederholter Mittelungen Gerüchte, die von einer Verlängerung der Bauausstellung wissen wollen, nicht verstummen, sei wiederholt darauf hingewiesen, daß eine Verlän-



An diesem Tage hielt der Dampfer zweimal an. Bei Kosmodemjansk blieb man bis zur Dämmerung. Es wickelte sich das übliche Programm ab. Das Einleitungsmeeting, Ziehung, Auftreten des Kolombusenembles, des Balalaikaspielers und die Tänze am Ufer. Die ganze Zeit über arbeiteten die Konzeptionäre im Schweiße ihres Angesichts. Einige Male kam der Wirtschaftsverwalter und kehrte dann wieder zu seinen eigentlichen Pflichten zurück, nachdem man ihm versichert hatte, daß alles gegen Abend fertig sein würde.

Tatsächlich war die Arbeit am Abend beendet. Ostap und Worobjew trugen das Transparent zur Kommandobrücke. Der dicke Wirtschaftsverwalter lief vor ihnen her und streckte die Arme gegen die Sterne. Mit gemeinsamer Anstrengung wurde das Transparent an der Brücke befestigt. Es erhob sich über dem Personendeck wie ein Feuerschirm. Der Elektrotechniker führte binnen einer halben Stunde die Elektrizitätsleitung heran und montierte drei Glühlampen hinter dem Transparent.

Rechts vor dem Dampfer waren bereits die Lichter der Stadt Wassjuki zu sehen.

Der Wirtschaftsverwalter rief alle Insassen des Dampfers zur feierlichen Besichtigung des Transparenten herbei. Worobjew und der große Kombinator standen bei dem noch unbeleuchteten Transparent und blickten von oben her auf die Verfassung.

Jedes Ereignis auf dem Dampfer wurde von der schwimmenden Kanzlei unendlich wichtig genommen. Die Stenotypistinnen, Diener, technischen Arbeiter, Schauspieler und die Dampfermannschaft versammelten sich auf Deck und sahen angestrengt hinauf.

„Vorwärts“, kommandierte der Dicke.

Das Transparent wurde beleuchtet.

Ostap sah auf die Menge hinab. Ein rosa Licht legte sich auf die Gesichter. Die Zuschauer lachten. Dann wurde es still und eine strenge Stimme unten sagte: „Wo ist der Wirtschaftsverwalter?“

Die Stimme war so streng, daß der Verwalter wie rasend die Stufen hinabstief.

„Bitte, sehen sie nur,“ sagte die Stimme, „bewundern Sie Ihre Arbeit!“

„Gleich wird man uns hinauswerfen“, flüsterte Ostap Worobjew zu.

Der Dicke slog wie ein Geier auf das obere Deck.

„Run, wie ist das Transparenten? fragte Ostap frech.

„Bersteht man, was ich wollte?“

„Packen Sie Ihre Sachen!“ schrie der Wirtschaftsverwalter.

„Warum die Eile?“

„Sa—a—meln Sie Ihre Sachen! Und scheren Sie sich weg.“

„Mein Dickerchen, wie gut Ihnen derartige Reden passen.“

„Hinaus!“

„Was? Und das Geld?“

„Sie werden vor Gericht kommen! Mit unserem Chef ist nicht zu spöken!“

„Schmeißen Sie ihn hinaus!“ hörte man die Stimme von unten.

„Mein wirklich, gefällt Ihnen denn das Transparent nicht? Ist es denn kein gutes Transparent?“

Es hatte keinen Sinn mehr, das Spiel fortzusetzen.

Der „Skrjabin“ näherte sich Wassjuki und man sah bereits die erstanten Gesichter der Wassjuki-Bewohner, die sich am Ufer versammelten. Eine Bezahlung wurde den Konzeptionären kategorisch verweigert. Man gab ihnen fünf Minuten Zeit zum Packen.

Die Konzeptionäre blieben am Ufer stehen und sahen zum Dampfer hinauf. Das Transparent leuchtete gegen den schwarzen Himmel.

„M—ja,“ sagte Ostap, „ein ziemlich wildes Transparentchen. Eine elende Ausführung!“

Eine Zeichnung, die den Eindruck gemacht hätte, als wäre sie mit dem Schweiß eines sibirischen Maultieres ausgeführt worden, wäre im Vergleich mit Ostaps Zeichnung ein Museumsstück gewesen. Statt des Säers, der die Obligationen fät, hatte Ostaps scherzende Hand einen Klotz mit Zuckerhutkopf und dünnen Armen gezeichnet.

Hinter den Konzeptionären leuchtete der Dampfer und lönte Musik und vor ihnen auf dem hohen Ufer war mitternächtlige Dunkelheit, Hundegebell und das Tönen der weiten Harmonien der Welt.

„Ich rekümiere, unsere Situation ist folgende,“ sagte Ostap, immer noch optimistisch. „Possjoda: kein heller Geld, drei Stühle fahren auf dem Fluß hinweg, wir besitzen kein Obdach. — Aktina: ein Wolgaführer, Ausgabe aus dem Jahre 1926. Da ich ihn brauchte, war ich gezwungen, ihn in der Kajüte von

Mr. Simbawitsch zu entleihen. Es ist schon einmal so, daß man selten in der Lage ist, eine Bilanz ohne Defizit zu machen. wir werden auf dem Kai übernachten müssen.“

Die Konzeptionäre machten es sich auf den Raibänken bequem. Ostap las beim schwachen Licht einer Petroleumlampe aus dem Führer:

„Auf dem rechten Ufer der Wolga die Stadt Wassjuki. Hier wird Holz exportiert, Herz, Lindenholz und Matten. Der Ort liegt fünfzig Kilometer von der Eisenbahnlinie entfernt. Die Stadt hat achtzehntausend Einwohner. Sie besitzt eine staatliche Kartonagenfabrik, die dreihundertundzwanzig Arbeiter beschäftigt, eine kleine Fabrik für Gußeisengeschirr und einer Lederfabrik, ferner eine Bierbrauerei. Von Lehranstalten außer den Bürgerschulen ein Förstertechnikum.“

„Unsere Situation ist viel ernster, als ich anfangs gedacht habe“, sagte Ostap. „Ich habe das Gefühl, daß es ein unlösbares Problem sein wird, aus den Bewohnern von Wassjuki Geld herauszuschlagen. Und wir brauchen nicht weniger als dreißig Rubel. Erstens Essen und zweitens müssen wir den Ziehungsdampfer zuvorkommen, um dem Kolombus-Theater in Ikarzin auf festem Boden zu begegnen.“

Worobjew rollte sich zusammen wie ein alter magerer Kater nach dem Kampf mit einem jungen Gegner, einem heißblütigen Beherrscher der Dächer und Böden.

Ostap ging die Bänke entlang, dachte nach und kombinierte.

Gegen zwei Uhr nachts war ein vorzüglicher Plan fix und fertig ausgearbeitet. Bender legte sich neben seinen Kompagnon nieder und schlief ein.

Ein interplanetarischer Schachkongress

Ein großer hagerer alter Mann mit goldenem Zwicker in einer kurzen farbbeflegten schmutzigen Hose schritt am folgenden Morgen durch die Straßen der Stadt Wassjuki. Er trug eine handgeschriebene Plakate an die Mauern:

22. Juni 1927.

Im Saal des Klubs „Gemülichkeit“, findet eine Vorlesung über das Thema: „Turchbare Ideen für die Spieleroeffnung“ und eine Seance simultanen Schachspiels auf hundertseitig Schachbrettern statt.

Auftreten des Weltmeisters D. Bender.

Jeder hat sein eigenes Schachbrett mitzubringen.

Zahlung für ein Spiel sechzig Kopeken.

Eintritt zwanzig Kopeken.

Beginn pünktlich sechs Uhr abends.

Administrator R. Michelson.

(Fortsetzung folgt.)



# Wir schreiten.

Arbeiter-Feierstunde im Rundfunk.

Unter dem Titel „Wir schreiten“ veranstaltete das Arbeiter-Kultur-Kartell Berlin eine Feierstunde vor dem Mikrophon des Berliner Senders. Von Klangschönen musikalischen Vorträgen des Jungen Madrigaltrios und des Kammer-Sinfonie-Orchesters umrahmt wurde die Ansprache, die Felix Stöffinger hielt. Zu dem Programmwort „Wir schreiten“ zeichnete er zwei Bilder: den Marsch in die Freiheit der Natur und den Marsch in die Freiheit des Daseins. Auch der Weg, der die Arbeiterschaft an den Feiertagen hinausführt in Sonne, Luft und Schönheit, ist mehr als nur ein Weg zu körperlicher Befreiung von der Enge der Proletariatsviertel. Die Arbeitersportbewegung vereint ein Heer Gleichgesinnter, die nicht wie die Spieler von einst im Sport ihre Weltanschauung sehen, sondern die froh miteinander Sport treiben, weil sie sich eins wissen in ihrer Weltanschauung, in ihrem Glauben an die Zukunft der Arbeiterschaft, in ihrem Ringen um diese Zukunft.

Aber dieser Marsch in die Zukunft führt durch die Arbeitstage. Wir schreiten vorwärts, Schritt für Schritt, ein großes, zielbewusstes Heer. Niemand wird ein Tag jäh und unerhofft die Wendung bringen, die der Arbeiter erstrebt, niemals wird es plötzlich heißen: der Kapitalismus ist gestürzt, die sozialistische Wirtschaftsordnung regiert von heute an. Man kann wohl politische Nachtstellungen plötzlich verändern, niemals aber ein Wirtschaftssystem, noch weniger eine Wirtschaftseinstimmung. Seit Jahrzehnten ringt das sozialistische Prinzip gegen das kapitalistische; unaufhaltsam gewinnt es an Boden. Die neue Zeit steigt auf, die alte, morsche, neigt sich dem Untergang entgegen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist eine Schande — diese Feststellung wurde kürzlich von keinem anderen gemacht als von dem amerikanischen Multimillionär Owen Young, dem Mann, nach dem der Young-Plan benannt ist. Er äußerte sich in einem Interview: „Dah in einem Winkel der Erde das Korn verkauft, während in einer anderen Gegend die Leute verhungern, ist ein Schandstück auf der Maschinerie des Kapitalismus. Wenn Menschen da sind, die arbeiten wollen, und andere, die Arbeit brauchen, so ist die Arbeitslosigkeit eine Schande für das kapitalistische System.“ Stöffinger betonte, daß diese Neuherung eines Kapitalisten eine gewaltige Veränderung des Denkens beweise. Niemand wäre vor dem Kriege eine ähnliche Feststellung von solcher Seite möglich gewesen. Die allgemeine Erkenntnis vom Untergang des Kapitalismus ist der Anfang der sozialistischen Weltordnung. „Wir schreiten“ — wir, das zielbewusste Proletariat. Nur die lebendige Idee, die das Heer der Arbeitenden zu diesem „Wir“ zusammenschließt, kann zum Ziel vorwärtseinführen, das eine stumpfe, von Diktatur getriebene Masse niemals erreichen kann, das sie nie erfüllen konnte. Mit uns steht die neue Zeit; so schreiten wir der besseren Zukunft unaufhaltsam entgegen.

## Der Danatkredit der BGG.

Ausprache im Stadtverordneten Ausschuss.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte bei der Beratung der Vorlage des Magistrats über die Uebernahme einer Bürgerschaft für den Danatkredit der BGG einen Ausschuss von 25 Mitgliedern eingewählt. Dieser Ausschuss hat, wie der Städtische Nachrichten dienst mitteilt, am Montag, dem 20. Juli, unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorsitzers Sach getagt.

Der Magistrat war vertreten durch Oberbürgermeister Dr. Sahm, die beiden Bürgermeister Dr. Ehasz und Lange und Kammerer Lisch. Zur Vorbereitung dieser Sitzung hatte der Oberbürgermeister einen von Bürgermeister Dr. Ehasz, zugleich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses der BGG, auf Grund der Akten der BGG und des Magistrats angefertigten Bericht über die Entstehung des am 30. April 1930 abgeschlossenen Kreditvertrages mit der Danatbank den Mitgliedern des Ausschusses vor der Sitzung vorgelesen. Dieser Bericht wurde zum Gegenstand einer eingehenden Aussprache gemacht. Die Beratung des Ausschusses wurde daraufhin vertagt.

## Heckendorf-Prozess Anfang August.

Die Brüder bleiben weiter in Haft.

Vor dem Potsdamer Schöffengericht fand der Haftprüfungs-Termin gegen den Maler Franz Heckendorf und seinen Bruder Walter statt. Das Gericht lehnte nach einstündiger Verhandlung den Antrag auf die Entlassung der beiden aus der Haft wegen Flucht und Verdunkelungsgefahr ab. Franz Heckendorf verbleibt in Potsdam, während sein Bruder, der gegenwärtig im Roabitter Untersuchungsgefängnis sitzt, erst zur Hauptverhandlung nach Potsdam gebracht werden wird.

Die Verhandlung wird schon Anfang August zur Durchführung gelangen. Vorläufig sind die beiden wegen zweier großer Diebstähle angeklagt. Der erste Fall betrifft den Einbruch bei dem Bildhauer Kolbe in Wannsee. Das Brüderpaar fuhr dort mit einem Auto vor und während der Maler „Schmiere“ stand, stahl sein Bruder aus dem Garten eine große Bronzestatue im Werte von 5000 Mark. Wegen Walter ist die Anklage wegen eines weiteren Einbruchsdiebstahls erhoben, den er gemeinsam mit einem noch nicht ermittelten Täter am 5. Februar verübt hat. Sie fliegen in die verschlossene Villa des Fabrikbesizers Gärnig in Gellom ein und stahlen eine Radierung von Rembrandt, eine Zeichnung von Liebermann, ferner mehrere sieben wertvolle Bilder von Liebermann, Steinert u. a. Die Diebe nahmen auch zwei kostbare Teppiche und zwei Brücken mit.

# Der Flug in die Arktis.

„Graf Zeppelin“ bereit.

Zielrichshafen, 20. Juli. (Eigenbericht.)

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am kommenden Freitag zu seiner sechstägigen Arktisfahrt aufsteigen wird, ist für die Zwecke dieser Fahrt umgebaut worden.

Schon in den nächsten Tagen wird die letzte Wertstättenfahrt ausgeführt werden können. Die Passagiergondel ist vollkommen verändert. An Stelle des bisherigen Bodenbezuges ist eine wasserdichte gummierte Hülle getreten. Man konstruierte einen stärkeren und größeren Puffer, der eine Wasserüberdrängung von etwa 5 bis 6 Tonnen aufweisen soll. Der Belüftung hängt jetzt sieben Meter unter der Bugspitze, weil die Peilversuche gezeigt haben, daß er zu nahe der Funkstation lag. Neue Entlüftungsanlagen sind eingebaut worden. Für photographische Aufnahmen wurde in einem ziemlich weit hinten liegenden Raum ein Durchschlößchacht eingebaut. Ein solcher befindet sich auch ungefähr in der Mitte des Schiffes. An dieser Stelle will der russische Luftfahrtsachverständige Professor Moltschanow einen gasgefüllten Ballon von etwa 2 Meter Durchmesser ablassen. Dieser Ballon ist mit einem Gemisch beschwert, das beim Aufstoß auf das Eis automatisch ausgelöst wird. Man rechnet damit, daß dieser Ballon bis 15000 Meter aufsteigen wird. Außer dem Wehapparat führt er einen besonders konstruierten Funksender von geringem Gewicht, der

die Wissenschaftler im Luftschiff drahtlos über die gemessenen Temperatur- und Feuchtigkeitsverhältnisse unterrichten soll. Für die Bodenforschung steht eine Reihe von Schlauchbooten zur Verfügung, die dieser Tage auf dem Bodensee ausgeprobt wurden. Auf diesen Gummischlauchbooten sollen Eisschlitzen, Zelte, Proviant usw. befördert werden. Außerdem stehen ein Rettungsboot aus Gummi und zwei Kajaks zur Verfügung. Für die magnetischen Messungen ist unter Beseitigung familiärer Stahlelemente ein Schlafraum hergerichtet worden. Die Passagiergondel, aus der familiäre Möbel usw. entfernt sind, enthält nur einen einzigen etwa 2 Meter langen Tisch, zu dem noch Sitzgelegenheiten aus Leichtmetall angefertigt werden. Ebenso ist der gesamte Proviant in der zweckentsprechendsten Weise untergebracht; um weiteren toten Ballast zu vermeiden, hat man sogar den größten Teil der Küche abmontiert. Drei Mannschaftsaufenthaltsräume müssen der Unterbringung der zahlreichen wissenschaftlichen Instrumente dienen, die Schlafräume sind verkleinert.

Das Luftschiff, das Zwischenlandungen in Berlin und Leningrad vornehmen wird, hat außer den 16 Fahrteilnehmern 29 Mann Besatzung. Die gesamte Fahrtstrecke hat eine Länge von 10000 Kilometern. Wissenschaftlicher Expeditionsleiter ist Professor Samoilowitsch, sein Assistent Hauptmann a. D. Bruno.

Wie man erfährt, schweben noch weitere Ermittlungen gegen die beiden Brüder, so daß möglicherweise bis zur Hauptverhandlung noch eine Nachtragsanfrage erhoben wird.

## Eine furchtbare Mordtat.

Fürsorgezöglinge bringen einen Kameraden um.

Kopenhagen, 20. Juli.

In der dänischen Erziehungsanstalt Braaskovgaard bei Horsens haben zwei Zöglinge, ein 19jähriger, der erst vor einer Woche in das Heim gekommen war, und ein 17jähriger einen anderen 17jährigen Zögling ermordet.

Die beiden Zöglinge wollten fliehen. Der dritte merkte das. Darauf lockten ihn die beiden auf den Boden, indem sie sagten, er solle mit ihnen Ratten fangen. Als er dorthin kam, erschlugen sie ihn mit einer Art, verdeckten dann die Leiche und gingen zunächst zu einem Fußballkampf. Als es dunkel war, versuchten sie zu fliehen. Der eine wurde spät abends in einem Kornfeld gefangen, der andere von der Polizei in Horsens aufgefangen. Als er verhaftet wurde, stellte er die zynische Frage: „Kann ich mehr als acht Jahre dafür bekommen?“ Der Ermordete ist von seinen beiden Kameraden furchtbar zugerichtet worden.

## 30 mal Feuerwehralarm.

Ueberschwemmungen durch Gewitter.

Das kurze Gewitter, das gestern abend über Berlin niederging, war in einzelnen Stadtteilen von einem wolkenbruchartigen Regen begleitet. Im Westen Berlins, in der Umgebung des Kurfürstendamms, und im Norden wurden durch den Regen zahlreiche Ueberschwemmungen verursacht. In einigen Fällen drangen die Wassermassen in Wohnkeller sowie Lagerräume ein und richteten erheblichen Schaden an. Die Feuerwehr wurde insgesamt 30 mal alarmiert, um bei Ueberschwemmungen Hilfe zu leisten.

## Heraus aus dem Gefängnis und hinein.

Die Not der Vorbestraften.

Von der Zeit der ungeheuerlichen Not werden selbstverständlich die Vorbestraften, schon an und für sich halbtoten Menschen, ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen. Die Wohlfahrtsämter sind nicht in der Lage, ihnen in dem Maße wie früher zu helfen, von Arbeit kann gar keine Rede sein. Das wirkt sich auch in der Tätigkeit der Gefangenenfürsorge aus. Die Zahl der Hilfesuchenden ist im letzten Steigen begriffen; es sind darunter auch solche Vorbestrafte, die schon seit langem keine Hilfe in Anspruch genommen, sich also eine Reihe von Jahren gehalten haben. Oft ist es aber so, daß man von den Leuten sagen kann: Heraus aus dem Gefängnis — hinein ins Gefängnis!

So standen jetzt vor dem Schnellshöffengericht zwei Angeklagtenpaare, auf die dieser Ausspruch durchaus paßte. Das erste Angeklagtenpaar hatte sich wegen Betrug und Urkundenfälschung zu verantworten. Der eine von den beiden, ein vierzigjähriger Mann, der erst im Juni das Gefängnis verlassen hatte, war geständig, einen Entlassungsschein auf den fingierten Namen Lehmann gefälscht zu haben, außerdem eine Arbeitsbescheinigung. Sein Komplize hatte einen polizeilichen Anmeldebchein abstempeln lassen und war mit den drei Papieren in das Wohlfahrtsamt Tiergarten gegangen, in der Hoffnung, er würde auf diese Papiere Unterstützung erhalten. Es wurde aber im Gefängnis Tegel nachgefragt; ein Gefangener unter dem Namen Lehmann war gar nicht entlassen worden. Der Unterstützungsuchende wurde verhaftet und bald darauf sein Kollege. Vor Gericht sagte der Vierzigjährige: Meine Herren Richter. Im Rämmerheim der Heilsarmee in der Büschingstraße, wo ich von der Gefangenenfürsorge untergebracht worden war, geht es sehr traurig zu. Was mir da alles angeboten

wurde, möchte ich gar nicht erzählen. Im Gefängnis, da wird uns wohl geholfen, das gebe ich zu. Aber, wenn wir raus sind, da finden wir eben keine Arbeit. — Er erhielt sechs Monate Gefängnis und sein Komplize vier Monate Gefängnis.

Das andere Angeklagtenpaar L. und B. verantwortete sich wegen eines versuchten Einbruches. B. war erst im Mai vom Schnellshöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine Freundin hat ihn aus der Haft zu entlassen, sie würde auf ihn aufpassen. Der Vorsitzende ermahnte sie damals, auf ihren Freund auch wirklich auf aufpassen. Nun stand er bereits wieder vor Gericht. B. hatte erst am 19. Juni eine Strafe von 5 Jahren 9 Monaten Zuchthaus verbüßt. Er erhielt 1 Jahr Zuchthaus, B. ein Jahr Gefängnis. L. nahm die Strafe sofort an. B.'s Freundin weinte ebenso herzzerbrechend wie das erstmal. Von einer Haftentlassung konnte aber jetzt keine Rede mehr sein.

## Ins eigene Fleisch geschnitten.

Die Folgen der „Flucht in die Sachwerte“.

In den aufgeregten Tagen der vergangenen Woche hat man wiederholt festgestellt, daß nervöse, allzu ängstliche Gemüter sich allzu schnell von einer Panikstimmung gefangen nehmen lassen, deren Zeche jetzt die gesamte Berliner Bevölkerung zu zahlen hat.

So wird gegenwärtig in den Arbeiterbezirken viel das Anzeichen der Fettpreise distilliert. Infolge von Ankäufen bei Rückenfell und Schweineliefen haben sich die Preise dieser Lebensmittel durchschnittlich um 10 Pfennige erhöht. Man malt in den kritischen Tagen der Vorkriege im aufgeregten Gespräch die Schreden eines Bürgerkrieges an die Wand und sucht sich vor allen Dingen einen vollen Schmalztopf zu verschaffen, mit dem „man es schon für ein paar Tage wird aushalten können“. Natürlich waren unter solchen Umständen die Läger der Vadenfleischler allzu bald geräumt und die Folge davon ist, daß die Fettpreise bei dieser überraschenden Konjunktur plötzlich gestiegen sind.

Wenigstens verhält es sich mit den übertriebenen Möbel- und Wäschekäufen. Kleinere Möbelhändler, die während der letzten Krisenmonate nur ein ganz schwaches Geschäft hatten, konnten ihre Läger vollkommen räumen; nicht nur das, ihre Wertstätten sind auf geraume Zeit hinaus mit Aufträgen versehen. Bargeld zum Ankauf dieser Möbel war nicht nötig, es genügte, wenn der Kunde dem Möbelhändler sein Sparbuch, aus dem sich ja einwandfrei der Stand seines Guthabens ergab, übereignete. Die Folge davon ist, daß die Möbelpreise über Nacht ihren Tiefstand überwinden haben und wer in diesen Tagen einen wirklichen Bedarf an Möbeln hat, kann sie nicht mehr so preiswert wie vor dem schwarzen Montag des Danat-Krachs erleben. Auch die Warenhäuser des Konsumvereins wurden in der vorigen Woche außerordentlich stark in Anspruch genommen. Für die zurückgelegten Notgroßen wurden schleunigst Waren, besonders Kleidung, Wäsche und Möbel eingekauft. Der eindringliche Mahnruf des Vorstandes der Genossenschaft zur Vernunft stoppte hier den Run.

Nicht minder ins eigene Fleisch geschnitten haben sich die Kurorte im Deutschland benachbarten Ausland. Von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, weigerte man sich nach den ersten Hiobsbotschaften aus Deutschland, nach Reichsmark in Zahlung zu nehmen. Die Reisenden sahen sich außerstande, ihren Auslandsaufenthalt fortzusetzen und reisten ab. Sie waren mit Recht nicht gewillt, sich von irgendwelchen der Konjunktur ruhenden Devisenpekulanten übers Ohr haufen zu lassen. Wer jedoch gestern durch die Berliner City ging, wo besonders unter den Linden viele ausländische Reisebüros für den Fremdenverkehr ihres Landes werden sollen, konnte in den Schaufenstern dieser Büros große Plakate sehen, auf denen versichert wurde, daß an allen Plätzen des betreffenden Auslandes die Reichsmark zum amtlichen Kurs gewechselt und in Zahlung genommen wird. Inzwischen ist aber der Rückstrom der Reisenden im vollen Gange, wie der Zugverkehr auf den großen Fernbahnhöfen beweist; es scheint, daß die Reue zu spät kommt.

# MAGGI'S Erzeugnisse billiger

## MAGGI'S Würze

Original-Flaschen	RM -18	-36	-63	-90	1.49	5.85
nachgefüllt	RM -09	-20	-39	-59	1.13	—

## MAGGI'S Suppen

1 Würfel für 2 Teller 10 Pfg.  
- 28 verschiedene Sorten -

## MAGGI'S Fleischbrühe

5 Würfel nur 18 Pfg.  
(= 1 Stange)

aber in Qualität unverändert erstklassig



# Die Fremdwörter vom Tage.

## Kleines Wörterbuch zur gegenwärtigen Finanzkrise.

Die wirtschaftlichen Vorgänge, die sich augenblicklich infolge der schmerzlichen Krediterschütterung in Deutschland abspielen, sind ihrer Natur nach in den Zusammenhängen außerordentlich schwer zu verstehen und in den Erscheinungsformen verwirrend für den Laien und für den Fachmann. Was in Tausenden von Aufsätzen erläutert und in Millionen von Gesprächen erörtert wird, wird aber noch um einen Grad schwerer verständlich und verwirrender, als es in der Sache selbst liegt, durch die unermüdliche Anwendung einer Fülle von Fachausdrücken, die meist nicht aus der deutschen Sprache stammen, sondern Fremdwörter sind. Wir glauben deshalb, dem Bedürfnis unserer Leser zu dienen, wenn wir in aller Kürze einige der wichtigsten Fachausdrücke erläutern, die heute in aller Munde sind, die der Laie aber nicht immer richtig verstehen kann. Fangen wir gleich mit dem Gebiet an, das leider heute die größte Wichtigkeit gewonnen hat,

### mit den Fremdwörtern rings um die Pleite.

„Ansolvenz“ ist die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens. Die Zahlungsunfähigkeit kann eine vorübergehende sein. Es kann nach der Zahlungsunfähigkeit der völlige Zusammenbruch dadurch verhindert werden, daß die Gläubiger dem Schuldner ein „Moratorium“, d. h. einen befristeten Zahlungsausschub gewähren. Ein solcher vereinbarter Zahlungsausschub ist ein privates Moratorium. Ein gesetzliches Moratorium liegt dann vor, wenn entweder für alle Schuldzahlungen oder für bestimmte Arten von Schulden (Teilmoratorium) durch den Staat der Schuldner zeitweise von der Zahlungspflicht befreit wird. Von einem „Auslands moratorium“ spricht man, wenn dieser gesetzliche Ausschub der Zahlungspflichtungen sich in besonderen auf Schuldverpflichtungen an ausländische Gläubiger bzw. Schuldverpflichtungen in fremder Währung bezieht, von einem Inlands moratorium, wenn der Zahlungsausschub inländische Zahlungsverpflichtungen betrifft.

Ist die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens nicht nur vorübergehend, wird ihm ein Zahlungsausschub nicht gewährt, so gerät das Unternehmen in „Konkurs“, d. h. es wird nach besonderen gesetzlichen Vorschriften die gleichmäßige Befriedigung der Gläubiger aus dem vorhandenen Vermögen durchgeführt und das Unternehmen aufgelöst. Befragt es, diese Auflösung ohne den gesetzlichen Konkursapparat in freier Vereinbarung zwischen Schuldner und Gläubiger durchzuführen, so spricht man von einer „stillen Liquidation“ des Unternehmens.

### Die Erfütterung des ganzen Kreditgebäudes

Ist gegenwärtig entstanden durch einen „Run“ (deutsch: rennen, sprich ren) auf die Banken. Von einem Run spricht man dann, wenn gleichzeitig eine außerordentlich große Zahl von Gläubigern der Banken oder Sparkassen ihr Guthaben zurückerlangt. Da das Gehalt aller Banken und Sparkassen darauf beruht, die bei ihnen gegen Verzinsung eingezahlten Gelder ihrerseits wiederum einstragend anzulegen, ist keine Bank und keine Sparkasse in der Lage, im Falle eines Runs, d. h. einer gleichzeitigen Abziehung großer Teile der Guthaben, sofort über die nötigen baren Zahlungsmittel zu verfügen. Der Run muß deshalb zwangsläufig zur zeitweiligen Schließung der Kassen führen. Der Grad, in dem den Verpflichtungen der Banken oder Sparkassen flüssige, d. h. sofort in bares Geld umzuwandelnde Vermögensanlagen gegenüberstehen, ist die „Liquidität“ der Kreditinstitute. Ein Institut ist „liquide“, wenn es in hohem Maße in der Lage ist, Rückforderungen von Guthaben bar auszuführen; es ist „illiquide“, wenn das Gegenteil der Fall ist.

Der Kredit der Unternehmen oder Privatpersonen von Banken eingeräumt wird, hat verschiedene Formen. Die einfache Zurverfügungstellung eines Guthabens bei der Bank heißt Buchkredit oder „Konto-Korrent-Kredit“. Der Konto-Korrent-Kredit ist „gedeckt“, wenn dem Kreditgeber besondere Pfänder in Gestalt von Wertpapieren, Waren oder Grundstücksbesicherungen gegeben sind, „ungedeckt“, wenn er nur auf dem persönlichen Vertrauen zu der Zahlungsfähigkeit des Schuldners beruht.

Eine andere Form ist der „Diskont-Kredit“, d. i. der Ankauf von Wechseln durch die Bank unter vorherigem Abzug des Zinsfußes bis zur Fälligkeit des Wechsels. Der Zinsfuß, der bei diesem Wechselkauf zum Abzug gebracht wird, heißt der „Diskontfuß“. Da die Reichsbank ihren Kredit in der Hauptsache in der Form des Ankaufts von Handelswechseln vollzieht, ist der für den Reichsbankverkehr maßgebende Zinsfuß der Reichsbank-Diskont.

Neben dem Ankauf von Wechseln gibt es bei der Reichsbank auch die Beleihung von Wertpapieren und von gewissen borsenmäßig gehandelten Waren. Diese Kreditgewährung gegen Verpfändung nennt man „Lombard-Kredit“. Der Zinsfuß, den die Reichsbank dafür berechnet, ist der Lombardfuß.

Wenn ein Bankinstitut seinerseits Wechsel ankauft, also diskontiert, und dann später diese Wechsel weiter verkauft, z. B. an die Reichsbank, oder wenn die Reichsbank von ihm angekaufte Wechsel an andere Institute, z. B. ausländische Notenbanken, weiter verkauft, so spricht man von einem „Rediskont“. Die Einräumung der Möglichkeit, solche diskontierten Wechsel weiter zu verkaufen, nennt man „Rediskont-Kredit“.

Eine andere Kreditform, die im internationalen Verkehr eine wesentliche Rolle spielt, ist der „Rembours-Kredit“ (sprich

etwa: ramburs). Der Importeur, d. h. der Kaufmann, der Waren einführt, muß in der Regel überseeische Lieferanten dadurch bezahlen, daß er das „Akzept“, d. h. den angenommenen Wechsel einer Bank, zur Verfügung stellt und daß gegen die Aushändigung dieses Akzeptes die Verschiffungsurkunden über die Waren (Konnossemente) ausgehändigt werden. Diese Kreditgewährung, die mit der Finanzierung des Einfuhrgeschäftes zusammenhängt und durch die Verschiffungsurkunden besonders gesichert ist, kann durch ausländische oder inländische Banken erfolgen; sie erfolgt oft auch in der Form, daß der Importeur den Kredit von der inländischen Bank erhält, die inländische Bank ihrerseits wieder den Kredit von ausländischen Banken bekommt. In allen Fällen spricht man bei diesen Geschäften vom Rembours-Kredit. — Schließlich noch ein paar

### Fremdwörter aus dem Gebiet der Währung.

Die Reichsbanknoten sind bis zu einem gewissen Prozentsatz gedeckt durch Gold (gemünztes Gold oder ungemünztes Gold, das ungemünztes nennt man Barren) und durch Devisen. „Devisen“ sind entweder Wechselforderungen in einer fremden Währung (Valuta) oder Zahlungsanweisungen (Checks) auf Buchforderungen bei ausländischen Banken in fremder Währung. Als Notendeckung kommen nur Devisen, die auf eine fremde Goldwährung lauten, in Betracht. Der Teil des Notenumlaufs, der nicht durch Gold oder Devisen gedeckt ist, ist durch reichsbankfähige „Diskonten“ gedeckt, d. h. durch Handelswechsel, die höchstens drei Monate laufen und in der Regel die Unterschrift von drei, in Ausnahmefällen auch nur von zwei zahlungsfähigen Firmen tragen.

Das Verhältnis zwischen zwei Währungen, z. B. Mark und Dollar, das dem Goldwert ihrer Münzen entspricht, von 1 Dollar = 4,20 Mark, nennt man die „Parität“. Steigt der Wert über den Goldwert, d. h. über den Paritätstand, so hat das im Wert gestiegene Geld ein Aufgeld, das man „Agió“ (sprich etwa: asjio) nennt. Sinkt der Wert unter den Paritätstand, so spricht man von dem „Disagio“. (Die gleichen Begriffe werden bei Wertpapieren angewandt, wenn der „Kurs“, d. h. der Verkaufswert, über dem Nennwert, dem Paritätstand, steht — oder wenn er unter dem Paritätstand, unter 100 Prozent, steht — Disagio.) Der Handel in Wertpapieren und in Devisen, wie auch in manchen Waren, spielt sich ab als „Kassa-Handel“, wenn sofort das Wertpapier bezogen und bezahlt wird. Daneben gibt es den „Termin-Handel“ oder den „Termin-Verkehr“, bei dem die Kauf- und Verkaufsabschlüsse zur Lieferung und Bezahlung für einen späteren Zeitpunkt abgeschlossen werden. Für Devisen ist der Terminverkehr, mit dem sehr oft eine Spekulation auf die künftige Entwertung einer Währung verbunden

## Der Tanz um die Einfuhrscheine

### Wie man Eierfuchen macht, ohne Eier zu zerbrechen.

Die landwirtschaftlichen Interessentenverbände und die Handelskammern, in denen Getreidehändler Einsitz besitzen, versuchen jetzt mit allen möglichen Mitteln, für die Wiederbelebung des Einfuhrscheinsystems Klame zu machen. Der neueste Dreh bei dieser Agitation besteht in der Behauptung, daß sich Deutschland durch einen Export von 500 000 Tonnen Getreide 50 Millionen Devisen beschaffen könnte.

Leider vergessen diese Reumalklugen, daß man keinen Eierfuchen machen kann, ohne Eier zu zerbrechen. Bei einem größeren deutschen Getreideexport, zumal wenn er sich in der Form einer unregelmäßigen Ausfuhr von vielen Getreidehändlern abspielt, entsteht durch gegenseitige Unterbietungen ein derartiger Preisdruck auf dem Weltmarkt, daß deutscher Weizen höchstens zu 80 Mark, Roggen höchstens zu 60 Mark je Tonne veräußert sein werden. Der Gesamtverkaufswert von 250 000 Tonnen Weizen und 250 000 Tonnen Roggen beträgt also nur 35 Millionen Mark. Um aber diesen Export durchführen zu können, müßten Exportprämien gezahlt werden, die dem Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und den Inlandspreisen entsprechen. Herr Schiele will den Weizenpreis auf 250 Mark je Tonne halten. Das Reich müßte also die Differenz zwischen 250 und 80 Mark = 170 Mark je Tonne, das sind für 250 000 Tonnen 42½ Millionen Mark, und für Roggen bei einem Inlandspreis von 180 Mark Exportprämien von 30 Millionen Mark zahlen. Dieses einfache Rechenexempel, bei dem die Eier teurer sind als der Eierfuchen, konnten diese Ratgeber für Beschaffung von Devisen anscheinend nicht lösen. Diesen Leuten kommt es auch gar nicht darauf an, ob das Reich 70 Millionen Exportprämien zahlt oder nicht!

Ein gleich tolles Stüchchen leisteten sich die westdeutschen Handelskammern in einer Kundgebung zur Verwendung der neuen Getreideerne. In einem Atemzug fordern sie die Wiedereinführung von Einfuhrscheinen und pflegliche Behandlung der Außenhandelsbeziehungen. Ueber die innere Gegenjählichkeit dieser beiden Forderungen haben sich die Herren aber anscheinend keine Gedanken gemacht. Jedenfalls werden sich die deutschen Auslandsbeziehungen zu jenen Ländern nicht gerade freundlich gestalten, die durch deutsches Getreide beglückt werden, das mit Hilfe von Exportprämien ins Ausland gepumpt wird. Die Armut am Geiste dieser Sorte Wirtschaftsführer wird auch durch folgende Gegenüberstellung schlaglichtartig beleuchtet. In

ft, durch die neue Notensordnung verboten. Die Berliner Produktenbörse hat seit vorigen Montag den Terminverkehr in Getreide eingestellt.

Das sind einige Fachausdrücke, die man heute kennen und verstehen muß, von denen wir aber nur wünschen können, daß sie so bald wie möglich wieder aus den Logengesprächen der Nichtfachleute verschwinden mögen. F. N.

## Die wichtigsten Diskontsätze.

### Seit den Septemberwahlen 2½- und 3fache Kreditverteuerung in Deutschland.

Unter dem Druck der Finanz- und Kreditkrise hat die deutsche Reichsbank am 16. Juli den Diskontfuß von 7 auf 10 und den Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent erhöhen müssen. Am 13. Juni erst hatte die Reichsbank den Diskontfuß von 5 auf 7 und den Lombardfuß von 6 auf 8 Prozent erhöhen müssen, nachdem der Beginn einer Krediterschütterung unverkennbar geworden war. Am 9. Oktober vorigen Jahres mußte der Diskont schon von 4 auf 5 Prozent heraufgesetzt werden, weil die Septemberwahlen mit ihrer Stärkung des Rechtsradikalismus für die Reichsbank enorme Devisenverluste (fast eine Milliarde Mark) gebracht hatten. Wir stellen die Diskontentwicklung auf den wichtigsten Kapitalmärkten vom September 1930 bis heute gegenüber:

	September 1930	Ende Juli 1931
Berlin . . . . .	4 Prozent	10 Prozent (seit 16. 7. 31)
New York . . . . .	2 1/2	1 1/8 ( „ 8. 5. 31)
London . . . . .	3	2 1/8 ( „ 15. 5. 31)
Paris . . . . .	2 1/2	2 ( „ 3. 1. 31)
Zürich . . . . .	2 1/2	2 ( „ 28. 1. 31)
Amsterdam . . . . .	3	2 ( „ 16. 5. 31)

Diese kleine Tabelle, aus der die Preisentwicklung für das Betriebskapital (hauptsächlich Wechselkredit) in den einzelnen Ländern abzulesen ist, ist sehr lehrreich. Seit dem September vorigen Jahres ist der Wechselkredit — entsprechend der Freisetzung von Kapital durch die Krise — in allen Ländern außer Deutschland noch billiger geworden. In Deutschland ist der Wechselkredit auf 2 1/2fache, der Lombardkredit sogar auf das 3fache verteuert worden. Dadurch wurde die Arbeitslosigkeit in Deutschland uferlos vergrößert, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland, das ja mit viel billigerem Kapital produziert, unabsehbar verringert.

Mit einem so fürchterlichen Preis müssen die Dummheit der Kapitalwähler vom 14. September, das Filmverbot „Im Westen nichts Neues“, die Stahlhelmparaden und die Sredt-Reden und der hochmut unserer privatkapitalistischen „Wirtschaftsführer“ bezahlt werden, deren katastrophales Verjagen jetzt zulage liegt. Denn im Diskont messen sich in erster Linie die Solidität der Wirtschaftsführung und das Vertrauen, das das Ausland der wirtschaftlichen und politischen Geltung eines Industriestaates entgegenbringt.

der erwähnten Kundgebung behaupten die westdeutschen Handelskammern, daß mit der Wiederbelebung der Einfuhrscheine eine Frachtersparnis erzielt würde, weil dann das ostdeutsche Getreide in das benachbarte Ausland und dafür ausländisches Getreide nach Westdeutschland aus dem ihm fruchtlich günstiger gelegenen Ausland gebracht wird. Zur gleichen Zeit wird in einer Veröffentlichung der Schiffahrtstreife festgestellt, daß durch die Aufhebung der Einfuhrscheine ein Ausfall von 50 Prozent im Frachtverkehr entstanden sei. Infolgedessen fordern auch sie die Wiedereinführung der Getreideexportprämien. Die einen wollen also Einfuhrscheine, damit Frachtersparnisse entstehen, und die anderen wollen Einfuhrscheine, damit mehr Getreide ein- und ausgeführt, also mehr Getreide spazierengeführt wird. So steht Wirtschaftspolitik von Interessenten aus! Nichts anderes als Profitgier ohne Verständnis und ohne Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit.

## Der Garantieverband der Banken.

Der am Sonntag von uns angekündigte Garantieverband der Banken (Ueberweisungsverband e. V.) wird morgen seine Tätigkeit aufnehmen. Wie in einer offiziellen Notiz mitgeteilt wird, handelt es sich um eine unter Führung der Reichsbank entstandene Selbsthilfeaktion der Banken, um den bargeldlosen Zahlungsverkehr wieder in Gang zu setzen. Checks und Wechsel sind zunächst von diesem Ueberweisungs- und Abrechnungsverkehr ausgeschlossen.

Ueber die beteiligten 44 Firmen dürfen täglich höchstens 15 000 Mark zu Lasten des einzelnen Kunden der Banken zur Ueberweisung gelangen. Neu, nach dem 13. Juli errichtete Konten werden bei dem Ueberweisungsverkehr nicht berücksichtigt. Das erste Geschäftsjahr läuft vom 18. Juli bis zum 31. Dezember 1931. Mitglieder des Vorstandes sind bisher Direktor Ehrhardt



BAD EMS

Katarrhe, Asthma, Emphysem, Grippefolgen, Rückstände von Lungen- und Rippenfellentzündung, Herz- und Kreislaufstörungen

Trink-, Bade-, Inhalations-, Terraliquoren  
Unterhaltungen und Sport jeder Art / Zeitgemäße Preise

EMSER WASSER (Küchen) / PASTILLEN / QUELLSALZ

Nur echt mit Schutzmarke



dick.rund  
GARBÁTY  
KÖNIGIN VON SABA  
Cigaretten

Vorkriegspreis!

6 zu 20<sup>g</sup>

und sogar!

KÖNIGIN VON

SABA

echte GARBÁTY ohne Mundstück











# Max Bernardi: Das Nachtsanatorium

Wenn sich in dem Berliner Nachthimmel das Feuer der Lichtreklamen ergiebt, dann öffnet das Nachtsanatorium seine Pforten. Es ist die neueste Errungenschaft einer Weltstadt, die sich ein findiger Kopf — vielleicht war es einmal ein Mann aus der „einschlägigen Branche“, vielleicht nur ein Spekulant, Theaterdirektor oder ein Bademeister — ausgedacht hat.

Es ist klar und auch vorausgesehen, daß dieses Institut für wirkliche Kranke nicht in Frage kommt, was übrigens auch bei sehr vielen nicht so außergewöhnlichen Sanatorien der Welt zutrifft. Der Erfinder des Nachtsanatoriums sagte sich mit Recht: So gut, wie für den Schmerzkranken in jedem Kulturstaat gesorgt ist, so wenig geschieht für die Gesunden. Jene Gesunden, die tagaus — tagein in jahrelanger Berufspflicht nie die Möglichkeit besitzen, eine anschleichende Krankheit im Keime zu ersticken oder ihr überhaupt nur wirksam zu begegnen. Jene Gesunden, die nie Zeit und Geld aufbringen können und wollen, um ihren Körper noch rechtzeitig einer Reparatur auszuliefern. Jene Gesunden, die talentlos, um nicht zu sagen stumpfsinnig, erleben, wie sich ihr Leib ungehindert im täglichen Einerlei zermürbt und frühzeitig verzehrt. Für diese ist das Nachtsanatorium mit all seinen segensreichen Einrichtungen geschaffen worden, nicht für den bereits Erkrankten, auch nicht für den „Eingebildeten Kranken“ — wohl aber für den „Eingebildeten Gesunden“ ...

Um Mitternacht gleicht das Anmeldezimmer einem Reisebüro in der Hochsaison. In bequemem Sesseln studiert man — vorläufig nur die Herrenwelt — die zahlreichen Prospekte, die eine Schwester jedem Anmündling nebst einem langen Fragebogen in die Hand drückt:

Wann waren Sie das letztmal im Dampfbad?  
Was halten Sie von Gymnastik?  
Haben Sie, wenn Sie im Büro sitzen, Sehnsucht nach den Bergen oder nach der See?  
Welchen Kur- oder Badeort möchten Sie während Ihres Urlaubes aufsuchen?  
Leiden Sie an Stuhlstopfung? Wenn ja, welche Mittel verwandten Sie bisher erfolglos?  
Leiden Sie an Schlaflosigkeit? an bösen Träumen?  
Fürchten Sie sich vor Zugluft?  
In welchen Gliedern verspüren Sie Reizen?  
Sind Sie passionierter Raucher? Wieviel Zigarren? Wieviel Zigaretten? (ehrlich)  
Sind Spirituosen Ihre Fremde?  
Kaffee, Tee?  
Milch?  
Essen Sie gerne Süßigkeiten oder Fleischspeisen und pikante Gerichte?  
Welcher Zahn tut Ihnen weh? (in Bild VII einzeichnen.)  
Ufm. usw.

Hierunddreißig Fragen sind zu beantworten. Wer sich einer individuellen Behandlung unterziehen will, erhält noch zwei Fragebogen mit insgesamt 118 peinlichen Gewissensfragen. Im übrigen besteht aber trotz der vielen Fragerei keine besondere Differenzierung der Behandlungsmethoden. In Wahrheit verfolgt der allgemeine Fragebogen ein ganz anderes Ziel als die Errechnung einer Papier-

diagnose. Es ist ein psychisches Moment: Man soll über sich und seine Gemohnheiten und Lebensweise, die oft heftig gegen das Wohlwollen verstoßen, nachdenken. Dieser Fragebogen ist bereits die erste, unbewußte Behandlung, kostenlos. Ihr schließen sich dann — nach Lösung der entsprechenden Karten — die weiteren Phasen der nächtlichen Behandlung an.

Das Schmergemüht bei dieser Ueberholung der menschlichen Maschine liegt wie bei sehr vielen ähnlichen Einrichtungen im Wasser. Das nasse Element durchläuft alle physikalischen und chemischen Zustände. Vom eiskalten Brunnenwasser bis zur sprühenden Dampfmasse gliedern sich die Kellerräumlichkeiten des Nachtsanatoriums in zahllose Einzelkabinen mit Schwefel-, Eisen-, Moor- und anderen Heilbädern.

Da sich die Generalreparatur auf ein Minimum von Zeit — eine einzige Nacht! — beschränken muß, jagen sich die klinischen Behandlungen wie die Bilder eines grotesken Films. Nach den Bädern laßt man vier Stodwerke im Lift empor, um eine knappe halbe Stunde im Scheine riesiger Quarzlampen zu verbringen. Ein glasklauer Dachgarten mit tropischen Gewächsen, erfüllt vom Dunst halbnaakter Körper. Taghell, mit südlicher Wärme, strahlen die Sonnen ihr Licht. Erschöpfte, dumpfe Ruhe, nur das Surren eines Ventilators ist hörbar. Plötzlich ein Glockensignal, die Quarzlampen verlöschen. Trotz der noch immer reichlichen elektrischen Beleuchtung tappt man wie im Finsternen. Durch die Glasdecke schaut der Berliner Sternhimmel mit der lächelnden Mondscheibe.

Ein Stodwerk tiefer. Gemeinsamer Erholungsraum, Ruhesaal, Schlafkabinen, Massage, Zahnbehandlung und Hühneraugenoperationen. Man braucht sich nicht den Kopf zu zerbrechen, wohnen man sich zuerst wenden soll. Dazu ist auch gar keine Zeit. Auf Grund des abgegebenen Fragebogens hat man ein Rundreisebillet erhalten. Jede Station, die für Behandlung vorgesehen ist, steht der Reihenfolge nach darauf verzeichnet. Und die Chefs der verschiedenen Einrichtungen knipfen nach erfolgtem Besuche ein Loch in diese Fahrkarte. Praktisch, sinnreich und zweckentsprechend. Wie überhaupt die ganze Anstalt.

Im zweiten Stodwerk ist Gymnastik und Sport untergebracht. Sogar eine richtige, kleine Hindernisbahn mit Gräben, Sträuchern und Wasserpfützen ist da; sie läuft rund um die Turn- und Bogarena und mündet mit einer Rutschbahn im vegetarischen Speisesaal im ersten Stod. Dort befinden sich auch die so viel von sich redemachenden Hochfrequenzanlagen, leider aber außer Betrieb. Eine gerichtliche Verfügung, wahrscheinlich durch die Jellisch'schen Unternehmen erwirkt, verbot die Uebergabe an das Publikum.

Bei der ersten Morgendämmerung verlassen auch schon die ersten Gäste das Sanatorium. Ueberräthigt, mit schmerzenden Gliedern, den Schädel voll wirrer Eindrücke, stürzt man in den morgendlichen Verkehr der Weltstadt. Aber bald ringt sich neue Kraft aus Muskel und Knochen. Ein Bärenhunger stellt sich ein. Auf beiden Baden laudend — der hohle Zahn links oben wurde um dreiviertel vier Uhr früh gefüllt — erzählen braun gebrannte lachende Gesichter in Büro und Fabrik vom Wunder der vergangenen Nacht. Vom Wunder des neuen Jungbrunnens einer Großstadt: Vom ersten Berliner Nachtsanatorium.

## M. Soffchenko: Galgenhumor

Womit vermöchte ein Arbeitsloser sich noch in unserer bedrängten Zeit den Lebensunterhalt zu verdienen. Es gibt kaum eine Möglichkeit. Von einem Radler überfahren zu werden, gehört zu den glücklichen Zufällen. Man kann ihm für seine Fahrlässigkeit einen Rubel abknöpfen. Schon besser, wenn irgendein Schoßhündchen einem ein Loch in die Hose reißt.

Dafür läßt sich unter Umständen auch ein Zehnrußelstein von seinem Herrn einkassieren. Aber die Lebensmöglichkeiten auf unserer guten Erde werden immer spärlicher. Die Radler sind vorsichtiger geworden und die Hündchen wollen nicht anbeißen. Ein wahres Elend für den Erwerbslosen. Fällt einen schon mal ein Hund an, so ist der Eigentümer hinterher nicht zu finden; er hat sich schleunigst aus dem Staube gemacht. Es gibt niemand zu rupfen. So ist jeder gelegentliche Erwerb äußerst behindert.

Zuweilen geschieht es, daß das Glück sich einem von selber aufdrängt — man braucht nur zuzugreifen. Doch nichts da — das Gesetz stellt sich davor. Eines Tages ergehe ich mich betäubt im Garten der Arbeit. Vor einer Bank sitzt ein kleines Schoßhündchen mit einer großen Bandschleife. Seine Eigentümer, ein Bürger und dessen Dame sind beschäftigt, die Frühlingsluft in ihre Lungen einströmen zu lassen.

Mich durchzuckt ein Gedanke. Ich setze mich auf die Bank, lasse heimlich und lasche die Spitze meines durchlöcherigen Stiefels gegen das Hundhündchen spielen. Ein anderes Schoßhündchen hätte den Angriff des Stiefels wohl unverzüglich mit einem bestigen Biß in die Hofe quittiert. Und dann hätte sein Herr einen Zehner springen lassen müssen. Dieses durchtriebene Tier aber bleibt auf seinem Schwanz sitzen und beobachtet sorgfältig jede Bewegung des Stiefels.

„W... W... beiß zu“, mache ich.  
Aber er denkt nicht dran. Ob sein Fetzmann ihn behindert? Jedenfalls, er beißt nicht zu. So, so... denke ich, erhebe mich und verlege dem Schoßhündchen einen wütenden Fußtritt. Es gibt Gemüsel, Lärm, Geschrei. Ein Menschenauflauf entsteht. Die Dame bekommt einen hysterischen Anfall. Der Bürger hebt die Hand, augenscheinlich um ihr eine herunterzubauen. Eine Alte findet sich ein:

„So wisch doch dem Halunken eine aus für das Hündchen! Das Hündchen ist nicht schlechter als wir armen Sünder.“

Der Bürger löst sich's gelockt sein, holt mächtig aus und haut mit einer hinter die Ohren.

Fünfzehn bis fünfundzwanzig Rubel, denke ich, ein recht schöner Betrag. O, du Narr, hast dich selber getroffen. Ich wende mich ans Publikum.

„Bürger“, frage ich, „ist es gestattet, einen Erwerbslosen vor aller Welt in die Frage zu hauen?“

Aufs neue Lärm, Gezeier.  
„Es ist nicht gestattet. Hallo, Brüderchen, zur Polizei mit denen da.“

Ich sage: „Vielleicht läßt sich's ohne Polizei abmachen. Ich verlange nur 25 Rubel als Entschädigung.“

Das Publikum rät: „Nach's nicht für 25 Rubel, Brüderchen. 25 Rubel schrecken keinen ab. Die müssen einen gehörigen Denzettel erhalten. Zur Polizei mit ihnen.“

Man schleppt sie zur Polizei. Wieder Lärm, Geschrei, Klagen. Ein Protokoll wird aufgesetzt. Die Zeugen aus der Menge stellen sich auf meine Seite. Ich sage:

„Da volle Einstimmigkeit herrscht, so bin ich nicht gewillt, mich unter vierzig Rubel zu vergleichen. Wir leben nicht zu Nikolaus des Heiligen Zeiten, doch man einem ohne weiteres die Befugnis einräumen dürfte. Wie, wenn mir nun die Schraube noch zwei Tage lang weh tut?“

Das Protokoll ist endlich fertig. Alle Anwesenden werden aufgefordert, ruhig auseinanderzugehen und sich bis zum Verhandlungstag zu beschließen. Ich mache mich auf dem Heimweg. Berichte zu Hause. Man freut sich für mich. Gratuliert, trinkt auf mein Wohl. Die Zimmerwirtin gibt mir drei Rubel auf Kredit, der Hausverwalter Iwan einen halben Rubel als Voranschuss auf künftige Gemüsel. Andrej Iwanowitsch aus Zimmer 5 zwanzig Kopeten und obendrein das Mittagessen. Drei Tage lang lebe ich herrlich und in Frieden. Ich träume von den schönen Dingen, die ich mir anschaffen will. Jedenfalls keine Stiefel, sondern Sandalen. Und noch ein halbes Jahr hindurch werde ich leben, wie ein Krösus.

Drei Tage sind verstrichen. Die Verhandlung findet statt. Alles verläuft programmäßig. Auf dem Tisch prangt das Gesetzbuch, an den Wänden hängen Porträts. Seitwärts hat der Staatsanwalt seinen Platz. Neben werden geschworen, alles nimmt meine Partei.

Ich mach's nicht unter fünfundsiebzig Rubel, denke ich. Und plötzlich ertönt der Gerichtsbeschluss: Ein halbes Jahr Gefängnis unter strenger Isolierung.

Dieses mir, einem Erwerbslosen! Das hätte ich mir nicht träumen lassen!

„Bürger“, sage ich! „Vollrichter! Herr Staatsanwalt! Zehn Rubel wenigstens...“

Sie schweigen.

Was soll daraus werden? Wer wird meine Wirtin bezahlen. Andrej Iwanowitsch kann noch warten. Aber die Wirtin. Ihr bleibt nichts übrig, als sich aufzuhängen. Versteht euch doch in ihre Lage.“

Ich, das Leben ist unarmherzig wie ein Stein. Ich ging leer, wie ich gekommen, aus dem Gerichtssaal. Mein einziger Gewinn an dem verzweifelten Unternehmen war — das Gefängnis.

(Aus dem Russischen Uebersetzt von Selma Rosenthal.)

## Ein telepathischer Hund

Eine Geschichte von einem Hunde, der telepathische Fähigkeiten gezeigt haben soll, wird in einem neuen erschienenen englischen Buch „Das Tagebuch eines Zeltbewohners“ von Fay Ingham erzählt. Die Verfasserin kaufte ein Haus von einem gewissen A., der dann außer Landes ging. Sein Windhund wurde nach einem mehrere Kilometer entferntem gelegenen Gut gebracht, wo er drei Jahre lang blieb, ohne auch nur die geringste Anstalt zu machen, sein früheres Heim wieder aufzusuchen. Eines Tages traf die Nachricht ein, daß A. zurückkehren würde. Lange bevor er wirklich eingetroffen war, so erzählte die Verfasserin, „sah ich eines Morgens einen zitternden, abgehefteten Windhund an der Schwelle des Hauses, der sich so eng wie möglich an die Türe schmiegte und mir sofort Freundschaften bezogte. Er sprang an mir empor, wedelte mit dem Schwanz und gab mir auf jede Weise zu verstehen, daß ihm diese Treppe und diese Zimmer sehr gut bekannt waren. Hoher mußte nun der Hund, daß sein Herr wieder zurückkehrte? Hatte er irgendwelche telepathischen Eigenschaften, die ihm offenbarten, daß sein Herr nun bald da sein würde?“ Diese Erklärung ist freilich etwas kühn, und eine andere ist näherlegend, die der Zoologe Dr. W. L. Caiman ausgesprochen hat, als man ihm den Fall vorlegte. „Es ist wahrscheinlicher“, meinte er, „daß der Hund irgend wen sagen hörte, daß man seinen früheren Herrn zu Hause erwarte; der Klang des wohlbekannten Namens wog in dem Tier die Erinnerung an die alte Heimat erweckt haben.“ B.

# Aus der Welt der Zoos

In der Anlage der Zoologischen Gärten hat sich nach dem Kriege ein großer Umschwung vollzogen, und überall bricht man jetzt mit dem solange festgehaltenen Verfahren, die wilden Tiere in Käfige und große Häuser einzusperrern. Man läßt sie sich im Freien und möglichst unter natürlichen Bedingungen bewegen. Bahnbrechend dafür war der von Hagenbeck schon vor dem Kriege eingerichtete Wildpark von Stellingen bei Hamburg, der solange eine einzigartige Sehenswürdigkeit war. Jetzt sind diesem Beispiel schon sehr viele Zoos gefolgt.

In der Nähe von London hat man in Whipsnade einen ähnlichen Tierpark geschaffen, der „Berliner Zoo“ wird ebenfalls nach diesen Gesichtspunkten umgestaltet, bei München ist der Tierpark von Hellabrunn entstanden, und so kommt überhaupt auf der ganzen zivilisierten Welt ein neuer Zug in die Anlage der Tiergärten. Diese Entwicklung wird von dem englischen Zoologen Harold J. Shephstone in einem neuen erschienenen Werk „Wilde Tiere von heute“ geschildert. Der Verfasser hat die wichtigsten Zoologischen Gärten und Wildparks der Welt selbst besucht und wichtige Aufschlüsse über das Fangen und den Transport wilder Tiere von den beiden Meistern auf diesem Gebiet, Heinrich und Lorenz Hagenbeck, erhalten. Er weiß daher mit einer Fülle von bisher unbekanntem Mitteilungen und Beobachtungen aufzuwarten. Er beschreibt Deutschland als das hervorragendste Land der Zoos. Er erzählt von den Räten, die während des Weltkrieges über die deutschen Zoologischen Gärten hereinbrachen, und hebt die vorbildliche Bedeutung des „lässigen Zoos“ im Stellingener Tierpark hervor.

Die größte Tierzahl besitzt der Londoner Zoo, aber die größte Ausdehnung der New-Yorker. Dieser ist überhaupt an eigenartigen Einrichtungen reich. So haben im Löwenhaus Drahtnecke die eisernen Gitter erlegt, und das Affenhaus, das einen kleinen Wald von etwa einem Duzend Bäumen aufweist, ist vollständig geruchlos. Zwei Orang-Utans und zwei Schimpansen nehmen ihre Mahlzeiten in Anwesenheit des Publikums ein; sie sitzen an einem Tisch, trinken aus Gläsern und essen von Tellern wie die Menschen.

Reich ist das Buch an merkwürdigen Zügen, die von den Inhabern der Zoos erzählt werden. So erfahren wir z. B. von der Vorliebe eines Eisbären für Regenschirme. Der Eisbär Sam, der 20 Jahre den Londoner Zoo zierte, wetteiferte in dieser Sammelleidenschaft mit dem Freunde des Dichters Verlaine Bibi La Purée. „In einer Ecke seines Käfigs“, erzählte Shephstone, „befand sich ein Träger, der das Gitter stützte. Auf diesen Träger legte nun Sam ein Stück Brot oder einen Fisch und tat so, wie wenn er diese Dinge nicht erreichen könnte. Rasch fand sich ein gutmütiger alter Herr oder eine freundliche Dame, die sich beeiferte, ihm mit ihrem Schirm oder Stod den Lederbissen zuzuschicken. Darauf hatte Sam nur gemerkt. Mit einem raschen Griff fischerte er sich den begehrten Sammelgegenstand und verbergte ihn in seinem Bassin. Auf diese Weise eroberte er öfters drei bis vier Schirme am Tage und ebenso viele Spazierstöcke, aber den Rekord von zwanzig Schirmen, den Bibi aufstellte, erreichte er doch nicht. Dieser Rekord wurde freilich bei einer seltenen Gelegenheit erreicht, nämlich — beim Begräbnis Verlaines.“

Aus den Eigenheiten des Affenhauses weiß der Verfasser zu berichten, daß die vierhändigen Helfer, die ihren Gefährten bei der Suche auf dem Zell unterstützen, nicht etwa auf Ungezieser Jagd machen; sie sichern sich vielmehr Schorffwürmer, die von einer salzigen Ausscheidung eines besonderen Geschmacks haben, den der verstorbenen Cambridgeer Biologe Sir Richard Schickel als „angenehmen Bitter“ be-

zeichnete. „Ich habe das selbst gekostet“, fügte der Gelehrte, stolz auf diese Heldentat, hinzu.

Im dritten Kapitel „Der Zoodoktor“ wird von den tierärztlichen Leistungen dieses erzählt, von den schwierigen Operationen, die glücklich ausgeführt wurden usw. Die besten Patienten sind die Affen, die nur die böse Ungezieserheit haben, ihren eigenen Schwanz zu fressen, wodurch nicht selten eine Blutvergiftung herbeigeführt wird. Im Londoner Zoo werden daher solche selbst beigebrachten Wunden mit einer roten scheußlichen schmerzenden Salbe bestrichen, die die Tiere vom Weiterkauen abhält.

## Nordlicht und Photographie

Auf Grund der Erfahrung, daß Nordlichter im südlichen Kanada häufiger gesehen werden als an irgendeiner anderen Stelle der nördlichen Halbkugel, haben kanadische Physiker im Januar und Februar photographische Aufnahmen von Nordlichtern gemacht. Sie hatten zu diesem Zweck zwei Beobachtungsstationen an der James Bay eingerichtet, die in telephonischer Verbindung standen, und von denen jede mit photographischen Apparaten ausgerüstet war, wie sie beim Photographieren vom Flugzeug aus verwendet wurden. Wenn ein Nordlicht von beiden Stationen gesehen wurde, richteten die Photographen die Linse auf den Himmelsabschnitt, über den sie sich vorher telephonisch verständigt hatten, und machten eine Reihe von Aufnahmen. Die Richtpunkte am Himmel wurden durch die Sterne festgelegt, die gleichzeitig photographiert wurden. Wenn die Platten entwickelt waren, ging man daran, die Höhe der Lichtausstrahlung an beiden Plätzen zu berechnen. Die Ergebnisse der Berechnungen zeigen, daß die Lichtstrahlen, die das Nordlicht ausstrahlt, gelegentlich zwar 250 Kilometer über der Erde liegen können, daß aber 160 Kilometer als die gewöhnliche Höhe anzusehen sind. Diese Ergebnisse stimmen auch mit denen der Messungen überein, die in Scandinavien vorgenommen wurden.

## Prähistorische Ingenieure

Aufschlußreiche Mitteilungen über die technischen Behelfe der Urmenschen verdankt man, so schreibt die „Mensch“, dem Straßburger Archäologen Forrer. Während bis zur jüngeren Steinzeit zur Gesteinsbohrung ein spitzer, an einem Holzschäft befestigter und mittels einer Bogensehne gedrehter Feuerstein Verwendung fand, der die unfähliche Verwandlung des ganzen Bohrerhalses in Staub erforderte, kamen später, dank dem Einfall eines prähistorischen Erfinders, die uns heute geläufigen Kern- oder Kanonenbohrmaschinen auf, die nur die Verwandlung eines schmalen, zylindrischen Anteiles in Staub nötig machten. Die auch aus jener Zeit stammenden Steinjäger müssen so verwendet worden sein, daß mit der an einem Balken befestigten, hin- und herpendelnden Steinjäge von beiden Seiten her Einschnitte erzeugt wurden, worauf ein kräftiger Schlag genügte, um den Stein in die Ebene der beiden Einschnitte zu spalten. Wenn auch die altägyptischen Techniker die Dampfkraft nicht kannten, verfügten sie im Rollholz mit Hebel über geeignete Vorrichtungen, um die schwersten Steine über weite Strecken zu befördern, was aus Abbildungen aus altägyptischen Reliefs hervorgeht. So wurde auch der große Obelisk von Heliopolis auf diese Weise fast 350 Kilometer weit gerollt.



# Ehrenmänner!

**Ehemalige Offiziere und Grob pensionäre verleumdete Minister.**

Stuttgart, 20. Juli. (Eigenbericht.)

Vor wenigen Tagen wurde gemeldet, daß der württembergische Staatspräsident Holz, welcher der Zentrumspartei angehört, sich gegen Gerüchte zur Wehr setzen müsse, nach denen er 200 000 M. nach der Schweiz verschoben und dort ein Haus erworben haben soll. Der in Böblingen ansässige Urheber dieser Gerüchte sei festgestellt worden und Holz habe bereits Strafantrag gegen ihn gestellt. Der Name wurde jedoch nicht genannt. Dazu teilt die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ am Montag folgendes mit:

„Der unter Anklage gestellte Mann ist der Major a. D. Palmer vom Flughafen Böblingen. Die Hintermänner, von denen er die Verleumdung übernommen hat, sind General a. D. Keim in Ulm und der nationalsozialistische SA-Hauptling von Jagow, drei Pensionäre der Republik, drei Säulen deutscher Offiziers Ehre. Aus diesen Kreisen stammt die Gemeinheit. Denn eine solche ist es, das müssen gerade wir sagen, die wir als politische Gegner Holz' seine persönliche Integrität durchaus anerkennen. Den Herren Nationalen ist die Geschichte mehr als peinlich. Es sind bereits Versuche im Gange, Major Palmer zu schützen. Davon kann jedoch keine Rede sein, daß wir solchen Beginnen tatenlos zusehen würden. Wir verlangen eine exemplarische Strafe gerade gegen Leute, die ihre gesellschaftliche Stellung zum Kampfe mit so niedrigen persönlichen Mitteln ausnützen ohne Rücksicht darauf, ob sie nur Geschobene sind. Uebrigens eine nette Ironie. Der Major Palmer ist auf seinen Posten beim Böblingen Flughafen durch den Zentrumsmann Kaelin gekommen. Ein nachdenkliches Kapitel für das Zentrum, das über diesen Dank vom Hause Hakenkreuz etwas erstaunt sein mag. Wir sind es nicht.“

Das Reich ist an der Luft Hansa beteiligt und übt ein Aufsichtsrecht über sie aus. Will es länger dulden, daß an der Spitze des Böblingen Flughafens und der dortigen Pilotenschule ein Mann steht, der sich aus Haß gegen die Republik zur Verdrückung verleumderischer Beseidigungen gegen führende Männer hergibt?

## Erklärungen im „Klassenkampf“.

**Der Verlag gegen den „Mahnruf“ der Herausgeber.**

Im neuesten Heft des von Sendewitz und Rosenfeld herausgegebenen „Klassenkampf“ findet sich auf der dritten Umschlagseite eine Erklärung des Verlags, in dem es heißt:

Der in Nr. 13 der Zeitschrift „Der Klassenkampf“ erschienene „Mahnruf an die Partei“ bringt aber die Gefahr mit sich, daß der gemeinsame Boden verlassen werde, worauf der Meinungskampf innerhalb der Partei geführt werden muß. Die E. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. hält es deshalb für ihre Pflicht, hiermit bekanntzugeben, daß die Genossen, die die Inhaber des Verlages sind, die politische Verantwortung für den „Mahnruf an die Partei“ nicht übernehmen.“

Die Redaktion erklärt eine Gegenerklärung: „Zu der im Inseratenteil der vorliegenden Nummer veröffentlichten Erklärung des Laubischen Verlags haben wir zu bemerken, daß die Redaktion des „Klassenkampf“ von dem Verlag vollkommen unabhängig ist und der Verlag selbstverständlich keinerlei politische Verantwortung trägt für die politischen Handlungen der Herausgeber des „Klassenkampf“. Um diese Tatsache festzustellen, hätte es der Erklärung des Verlags nicht erit bedurft. Wir selbst sehen auch keinen Anlaß, uns gegen die Veröffentlichung dieser Erklärung zu wenden. Ob die Veröffentlichung dieser Erklärung notwendig war, mögen die Leser selbst entscheiden.“

Man kann aus diesem Erklärungskampf schließen, daß die Sonderaktion der Herausgeber des „Klassenkampf“ selbst in den Kreisen ihrer nächsten Freunde verurteilt wird.

## Sachsen verbietet Propagandafahrten.

**Aber kein allgemeines Demonstrationsverbot.**

Dresden, 20. Juli. (Eigenbericht.)

In einer amtlichen Verlautbarung stellt die sächsische Regierung fest, daß in Sachsen zunächst noch auf ein allgemeines Demonstrations- und Versammlungsverbot verzichtet werden könne. Dagegen habe das Gesamtministerium beschlossen, Propagandafahrten aller Art, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken auf öffentlichen Wegen unternommen werden, bis einschließlich 15. September dieses Jahres zu verbieten.

Ferner werden die Polizeibehörden in der Verlautbarung darauf hingewiesen, daß sie von den ihnen durch die neuesten Verordnungen des Reichspräsidenten übertragenen Befugnisse gegebenenfalls schnellstens Gebrauch machen sollen. In erster Linie sollen öffentliche Versammlungen sowie Ansammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, bei denen Zutritt fremder Personen in Aussicht steht, verboten werden. Erfahrungsgemäß werde besonders durch solche Versammlungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

## Sommer-Feldlager der Hitler-Jugend.

**Bayern verbietet Teilnahme bayerischer Schulkinder.**

München, 20. Juli. (Eigenbericht.)

Im Braunen Haus wurden seit Monaten Vorbereitungen für ein Sommer-Feldlager der sogenannten Hitler-Jugend getroffen, das vom 19. bis 23. August im Bayerischen Wald durchgeführt werden sollte. Der bayerische Kultusminister hat nun die Beteiligung bayerischer Schulkinder an diesem Zeltlager verboten und angekündigt, daß gegen zuwandernde Schüler mit den Mitteln der Schulzucht und gegen die Eltern mit Anzeigen nach dem Polizeistrafgesetzbuch vorgegangen wird.

Auch der Stahlhelm wurde mit einem Verbot bedacht. Seit dem 15. Juli hat er auf dem früheren Truppenübungsplatz Lager Lechfeld bei Augsburg eine größere Anzahl Stahlhelmer zusammengezogen, die unter der Maske einer sportlichen Veranstaltung für Arbeitslose sogenannte Übungen abhielten. Nachdem die Behörden sich überzeugt hatten, was es in Wirklichkeit mit diesem Stahlhelmsport für eine Bewandnis hat, wurde die Weiterführung des Kurfurs untersagt.

Selbstmordversuch des Gefandensörders. Im Gefängnis in Graudenz hat Kowarda, der im Jahre 1927 den Selbstmordversuch in Warschau, Woiw., erkrankte, einen Selbstmordversuch durch Öffnung der Pulsadern begangen. Kowarda wurde seinerzeit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, dann aber zu zehn Jahren Zuchthaus begnadigt.

# Der Herr der zwölf Marmorbadezimmer



Der Eingelieferte: „Ah, sagen Sie mal: wieviel Badezimmer stehen einem hier eigentlich zur Verfügung?“

# Der Wiener Sozialistenkongress

**Tagesordnung, Kommissionen, Frauenkonferenz**

Der Vierte Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wird vom 25. Juli bis 1. August im Konzerthaus in Wien stattfinden. Vor dem Kongress tagt die Vierte Internationale Frauenkonferenz der S.A.I., das Büro und die Exekutive, sowie eine Reihe von Vorkonferenzen.

Am 25. Juli, 3 Uhr nachmittags, wird der Kongress feierlich eröffnet werden. Die Eröffnungsreden halten Banderweide, der Vorsitzende der Exekutive, und Seig, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs. Die Eröffnungsfeierung wird durch die Radiostation Hilserfum (Holland) übertragen werden.

Die eigentlichen Beratungen beginnen am Montag, dem 27. Juli. Vormittags werden Kommissionen tagen, am Nachmittag um 3 Uhr findet eine Plenarsitzung des Kongresses statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Den Kampf um die Abrüstung und gegen die Kriegsgefahr.
2. Die allgemeine Lage der sozialistischen Bewegung und der Kampf der Arbeiterklasse um die Demokratie.
3. Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit.
4. Bericht der Internationalen Frauenkonferenz.
5. Bericht über die Tätigkeit der Exekutive und des Sekretariats der S.A.I. und organisatorische Fragen der S.A.I.

Für jeden Tagesordnungspunkt wird eine Kommission eingesetzt, in der die einzelnen Länder durch einen bis vier Delegierte vertreten sind.

Am Sonntag, dem 26. Juli, findet eine große Massentkundgebung in den Straßen Wiens statt.

An ihr nehmen außer den Wiener und den Arbeitern der österreichischen Provinz auch Zehntausende ausländischer Teilnehmer der Arbeiterport-Olympiade teil, die unmittelbar vor dem Kongress stattfindet. Die Delegierten und Gastdelegierten zum Kongress werden von der Rampe des Parlaments aus den Zug begrüßen.

Das Sekretariat der S.A.I. legt dem Kongress ausführliche, gedruckte Berichte vor. Sie umfassen: eine politische Uebersicht, einen organisatorischen Bericht, einen Bericht über die Frauen in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, einen Bericht über die angeschlossenen Parteien, sowie zum erstenmal eine Darstellung der Lage in jenen Ländern, in denen der S.A.I. Parteien nicht angeschlossene sind. Die politische Uebersicht zerfällt in vier Hauptabschnitte, von denen der erste den Kampf gegen den Faschismus, der zweite den Kampf „um Arbeit und Brot“, der dritte die Aktionen für die Abrüstung und der Schlusabschnitt die anderen weltpolitischen Probleme behandelt.

Die Berichte werden nach dem Kongress gemeinsam mit dem stenographischen Protokoll der Kongressverhandlungen gedruckt erscheinen. Sie werden, ebenso wie die Berichte des Moskauer und des Brüsseler Kongresses, ein wertvolles Nachschlagewerk für die internationalen Probleme des Sozialismus bilden.

## Die IV. Internationale Frauenkonferenz.

Vor dem Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wird eine Internationale Frauenkonferenz stattfinden. Sie beginnt am Donnerstag, dem 23. Juli, 3 Uhr nachmittags, im Konzerthaus in Wien, und wird vermutlich Freitag, den 24. Juli, beendet werden. Die Eröffnungsansprache wird durch Radio übertragen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Die Frau in der Wirtschaft.
2. Die Wirkung der politischen Reaktion auf die Freiheit der Frau (Referentin Lony Sender).
3. Die Fortschritte der sozialistischen Frauenbewegung seit der Brüsseler Konferenz 1928 (Referentin Adelsheid Popp).

Die Frauen der sozialdemokratischen Organisation Wiens veranstalten zur Begrüßung der ausländischen Delegierten eine Versammlung der weiblichen Vertrauenspersonen von Wien im großen Saal des neuen Gebäudes der Organisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellten, Wien IV, Treitschstraße, in der einige Vertreterinnen der ausländischen Delegationen das Wort ergreifen werden. Außerdem sind künstlerische Darbietungen, Musik und mehrsprachige Lieder und Rezitationen vorgesehen.

Der Konferenz geht eine Sitzung des Internationalen Frauenkomitees voran.

## Delegationen zum Internationalen Sozialistenkongress.

Täglich gehen noch Anmeldungen zum Internationalen Kongress beim Sekretariat der S.A.I. in Zürich ein. Aber schon die bisherigen Mitteilungen der Parteien berechtigen zu der Schlussfolgerung, daß der Wiener Kongress so zahlreich und repräsentativ besetzt sein wird wie keiner vorher. Von den bisherigen Anmeldungen seien hervorgehoben: Aus Großbritannien sind bisher 42 Vertreter, unter ihnen der Parteivorsitzende Stanley Hirst und der bekannte Arbeiterrechtsverständige Philip Baker angekündigt. Aus Belgien kommen unter der Führung von Banderweide, De Brouckere und van Noosbroeck 44 Delegierte. An der Spitze der 40 Genossen und Genossinnen umfassenden dänischen Delegation wird voraussichtlich Staatsminister Stauning stehen. Deutschland hat bisher 97 Delegierte angemeldet, unter ihnen zahlreiche auch im Ausland wohlbekannte Genossen, so den preußischen Bundesminister Sennewitz, den Reichstagspräsidenten Löbe, die drei Parteivorsitzenden Gröppien, Vogel und Weis, den Fraktionsvorsitzenden Breitscheid usw. Aus Frankreich sind vorläufig 26 Delegierte angemeldet, darunter Léon Blum, Bracke, Longuet, Renaudel, Paul Faure. Aus Schweden kommen 38 Delegierte, geführt von Per Albin Hansson und Gustaf Möller. Die holländische Delegation umfaßt 11 Delegierte, unter ihnen Albarada, Wibaut, Dudgeest, Bliegen. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie entsendet 48 Delegierte, unter ihnen den Unterrichtsminister Dérer, den Vorsitzenden des Senats Soukup, Dr. Lew Winter, Gustav Habrman usw. Die 44 Genossen und Genossinnen starke Delegation der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei steht unter der Leitung des Ministers für soziale Fürsorge, Czech. Aus den Vereinigten Staaten kommen 26 Delegierte und Gastdelegierte, unter ihnen Norris Hillquith, Harry Laidler, Clarence Senor. Lettland sendet 17, Rumänien 11, die neu angeschlossene Ukrainische Radikal-Sozialistische Partei in Polen 9 Delegierte. Die Schweiz wird durch 16 Delegierte in Wien vertreten sein. Als Gastdelegierte werden am Kongress u. a. fünf Vertreter der Sozialdemokratie Japans, sowie der Sekretär des Indischen Gewerkschaftskongresses, Bahale (Bombay), teilnehmen.

## Nachklänge zum Stahlhelmtag.

**Rowdhitum Berliner Stahlhelmgruppen.**

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der Antwort des preussischen Ministers des Innern auf eine Kleine Anfrage entnimmt, ist es aus Anlaß der Durchfahrt von Mitgliedern des Stahlhelms zum 12. Reichsfrontsoldatenlog des Stahlhelms in Breslau in Hirschberg und Umgegend am 30. Juni und 1. Juli 1931 zu zahlreichen bedauerlichen Ausschreitungen gekommen. Die Schuld hieran trifft nach den eingehenden amtlichen Feststellungen fast ausnahmslos Berliner Stahlhelmgruppen, die der Hand ihrer Führer entglitten waren und sich der ruhigen einheimischen Bevölkerung gegenüber in unerhörter Weise benommen und Beispiele eines höchst verwerflichen Rowdhitums gegeben haben.

Bei den planmäßig betriebenen Ruhestörungen und Ausschreitungen, die durch kleine Gruppen unter Leitung ortsfundiger Führer gleichzeitig an verschiedenen Stellen der Stadt durchgeführt wurden, war es leider nicht immer möglich, sie von vornherein zu verhindern. Gleichwohl ist es dank der aufopfernden Tätigkeit der Polizeibeamten gelungen, in zahlreichen Einzelfällen die Täter festzustellen und sie zur Anzeige zu bringen.

Die in Hirschberg gemachten Erfahrungen mit der Unzuverlässigkeit der von der Stahlhelmsleitung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gegebenen Zusicherungen werden in künftigen Fällen zu einer besonders sorgfältigen Wertung solcher Versicherungen Veranlassung geben und danach die Entschlüsse der Polizeibehörden bestimmen.

Zwei Tote an der serbisch-bulgarischen Grenze. In der Nähe der bulgarischen Grenze stieß eine südslawische Patrouille auf vier bewaffnete Leute, die, statt auf den Anruf stehen zu bleiben, das Feuer eröffneten. Dieses wurde von der Patrouille erwidert. Dabei wurden zwei Mann von der Bande getötet, während es den beiden anderen gelang, über die bulgarische Grenze zu entkommen.



# Keine Besserung der Krise!

## Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Konjunkturgruppen.

Die Arbeitslosenstatistik der Fachverbände, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen sind, zeigte Ende Juni eine Arbeitslosigkeit von 30,2 Proz. gegenüber 30,4 Proz. Ende Mai und 19,8 Proz. Ende Juni 1930. Die Kurzarbeit ist gestiegen von 17,1 Proz. Ende Mai auf 17,4 Proz. Ende Juni (12,3 Proz. Ende Juni 1930).

Der ganz unwesentliche Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber Ende Mai d. J. ist ausschließlich zurückzuführen auf die wenn auch nur geringfügig verstärkte Tätigkeit in den Saisongruppen. Hier ist die Arbeitslosigkeit von 55,5 Proz. Ende Mai auf 54,1 Proz. Ende Juni (35,9 Proz. Ende Juni 1930) zurückgegangen. Eine Arbeitslosigkeit von 54,1 Proz. im Baugewerbe Ende Juni ist aber katastrophal.

In den Konjunkturgruppen ist die Arbeitslosigkeit, wenn auch nur geringfügig, gestiegen von 24,7 Proz. Ende Mai auf 24,8 Proz. Ende Juni (16 Proz. Ende Juni 1930). Die Kurzarbeit stieg in den Konjunkturgruppen von 20,6 Proz. Ende Mai auf 20,9 Proz. Ende Juni (14,8 Proz. Ende Juni 1930). In den Saisongruppen blieb die Kurzarbeit mit 1,6 Proz. unverändert.

Hier ist wohl die Frage berechtigt, wie lange der Reichsarbeitsminister noch warten will, um die 40-Stunden-Woche zur Durchführung zu bringen.

Im einzelnen ist in fast allen Konjunkturgruppen eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Wenn im Metallarbeiterverband die Arbeitslosigkeit von 30,4 auf 30,2 Proz.

gestiegen ist, so hat dagegen die Kurzarbeit von 26,2 Proz. Ende Mai auf 27,1 Proz. Ende Juni zugenommen. Ähnlich liegt es auch bei den Bergarbeitern, wo die Arbeitslosigkeit von 14,9 auf 14,3 Proz. zurückging, dagegen die Kurzarbeit von 21,8 auf 23,4 Proz. stieg. Die wenigen Ausnahmen von dieser Verschärfung der Arbeitslosigkeit sind in der Hauptsache auf Saisoneinflüsse zurückzuführen. So ist die Arbeitslosigkeit bei den Holzarbeitern von 47,8 auf 47,6 Proz. und die Kurzarbeit von 11,2 auf 10,6 Proz. zurückgegangen. Bei den Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern blieb die Arbeitslosigkeit mit 15,1 Proz. stabil, die Kurzarbeit ging von 18,6 auf 17,8 Proz. zurück. Bei den Tabakarbeitern sank die Arbeitslosigkeit von 26,1 Proz. auf 24,4 Proz., dagegen stieg die Kurzarbeit von 10,8 auf 12,6 Proz. Eine ähnliche leichte Besserung ist bei den Fabrikarbeitern zu beobachten, wo die Arbeitslosigkeit von 24,3 Proz. auf 22,1 Proz. zurückging, während die Kurzarbeit von 8,5 auf 9 Proz. stieg.

Diese ganz unwesentlichen Besserungen sind auf Saisoneinflüsse zurückzuführen. Insgesamt verbleibt die Arbeitsmarktlage ungeheuer schlecht und droht sich noch wesentlich zu verschlechtern, noch bevor die winterliche Arbeitslosigkeit einsetzt. Man muß nur hoffen, daß die Verhandlungen in London zu einem günstigen Abschluß führen und daß dadurch eine weitere Verschlechterung aufgeschoben wird. Zu verlangen ist aber, daß der Reichsarbeitsminister endlich sein Wort einlöst und mit der 40-Stunden-Woche Ernst macht.

# Berliner Gewerkschaften 1930.

## Eine Krisenbilanz, aber kein Rückschlag.

Die Jahresberichte einzelner Berliner Ortsverwaltungen der freien Gewerkschaften ließen die Befürchtung aufkommen, daß die Berliner Gewerkschaftsbewegung im vorigen Jahr infolge der schweren Krise ganz beträchtlich an Terrain verloren hat. Der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht 1930 des Ortsausschusses Berlin des ADGB zeigt jedoch, daß diese Befürchtung unbegründet war.

Spurious ist das Jahr 1930 an den Berliner Gewerkschaften natürlich auch nicht vorübergegangen. Die Bilanz des Ortsausschusses des ADGB weist einen Verlust von 13 911 Mitgliedern aus, so daß am Jahresende 1930 in Berlin 379 653 Arbeiter und Arbeiterinnen freigewerkschaftlich organisiert waren, mithin 3,53 Proz. weniger als Ende 1929. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich um 16 624 oder 5,32 Proz. auf 295 452 verringert, die der weiblichen Mitglieder um 3635 oder 5,86 Proz. auf 58 397, wogegen jedoch die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten

mitzuschleppen gewesen wäre. In den 352 im vorigen Jahr geführten Lohnbewegungen waren insgesamt 520 945 Personen beteiligt und davon waren 252 905 unorganisiert. Diese Zahl beweist viel überzeugender als alles „revolutionäre“ Gerede, worin die Stärke der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft liegt. In dieser Tatsache wird auch dadurch nichts geändert werden, daß sich einige hundert Worttrabanten in kommunistischen Sonderverbänden zusammenschließen, um sich in dem Begehren der freien Gewerkschaften zu erschöpfen. Gerade in Berlin hat die Erfahrung im vorigen Jahre gezeigt, daß die Kugeln dieser Zersplitterung lediglich die Unternehmer sind. Der Geschäftsbericht 1930 des Ortsausschusses Berlin des ADGB ist zwar im wahrsten Sinne des Wortes eine Krisenbilanz, läßt aber die Erwartung zu, daß das anscheinend noch kritischere Jahr 1931 den Berliner Gewerkschaften so wenig Schaden zufügen wird wie das Jahr 1930.

## Danabankbelegschaft zur Sanierung.

### Sicherung der Gesamtwirtschaft und der Angestelltenrechte.

Gestern waren sämtliche Angestellten der Danabank in den Kommerzialen versammelt und nahmen folgende Entschlüsse an:

Die am 20. Juli 1931 vollzählig versammelten Angestellten der Danabank richten an alle in Betracht kommenden Instanzen der Reichsregierung das Ersuchen, daß alles geschieht, den Fortbestand der Danabank zu gewährleisten und den 7200 Angestellten und deren Angehörigen, im ganzen über 20 000 Menschen, die Existenzmöglichkeit zu erhalten.

Die Betriebsversammlung erwartet einmütig von allen am deutschen Wirtschaftsleben Interessierten, daß sie alles tun werden, um der Danabank über die augenblickliche Situation hinwegzuhelfen. Diese Hilfeleistung ist nicht nur im Interesse der Angestellten der Danabank, sondern auch im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft, mit der die Danabank in jeder Beziehung aufs engste verknüpft ist, dringend geboten. Die Versammelten erwarten, daß diese Forderungen in schnellster Weise erfüllt werden, damit der Betrieb sobald wie möglich in vollem Umfang wieder aufgenommen werden kann und die Angestelltenchaft von dem furchtbaren Zustand der jetzigen Ungewißheit befreit wird.

Wenn aber den berechtigten Erwartungen der Angestellten und den Interessen der Volkswirtschaft nicht entsprochen werden sollte, dann müssen auf alle Fälle geeignete Maßnahmen, eventuell durch Notverordnung, getroffen werden, durch welche den Angestellten bei einer Betriebsbeschränkung oder bei völliger Stilllegung die im Betriebsrätegesetz bei Kündigungen vorgesehenen Rechte, d. h. vor allen Dingen das Einspruchsrecht bei dem Betriebsrat, und entsprechende Abfindungssummen sichergestellt werden. Die gleiche Sicherung fordert die Versammlung für die Pensionäre des Institutes.

## Zweierlei Krisenunterstützung.

### Reichsarbeitsminister berichtigt Arbeitsämter.

Der Reichsarbeitsminister hat endlich zu einer Frage Stellung genommen, deren Klärung schon längst notwendig gewesen wäre. Vor der Notverordnung vom Dezember vergangenen Jahres konnte man in der Krisenfürsorge zweierlei Unterstützungsarten: einmal die Krisenunterstützung nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung und zweitens die Krisenunterstützung auf Grund eines Nachweises von mehr als 13 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung, aber weniger als 26 Wochen, die notwendig sind, um Anspruch auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung zu haben.

Hat nun ein Arbeitsloser mit 26 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung vor Erschöpfung seines Anspruches auf Unterstützung Arbeit erhalten und wird er wieder arbeitslos ohne eine neue Anwartschaft von 26 Wochen erworben zu haben — was oft vorkommt —, dann hat er zunächst Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung auf Grund der alten, nicht voll ausgeschöpften Anwartschaft. Ist diese erschöpft, so erhält er Krisenunterstützung infolge seiner Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitsämter haben jedoch die Notverordnung so ausgelegt, daß sie dem Arbeitslosen Krisenunterstützung auf Grund der zweiten, für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung nicht ausreichenden Anwartschaft zahlen. Dadurch wurde der Arbeitslose geschädigt, denn wenn er wieder in Arbeit tritt, mußte er nochmals 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen, ehe er

Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatte. Die Zeit der Anwartschaft, während der er Krisenunterstützung bezog, war für ihn bei Geltendmachung des Versicherungsanspruches verloren.

In einem soeben erschienenen Erlaß erklärt der Reichsarbeitsminister, er habe

„keine Bedenken, daß für Arbeitslose, die bei Inkrafttreten des Gesetzes über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 bereits Krisenunterstützung bezogen haben und die ihren Anspruch auf die Krisenunterstützung sowohl auf ihre Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung wie auch auf Erreichung einer kurzen Anwartschaft stützen konnten, der Tatbestand der Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und nicht der der kurzen Anwartschaft als maßgeblich angesehen wird.“

Nach diesem Erlaß müßte auch der Arbeitslose nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenunterstützung erst Krisenunterstützung auf Grund der Aussteuerung und dann noch einmal Krisenunterstützung auf Grund der neuen kurzen Anwartschaft beziehen.

Aber selbst wenn der Erlaß nicht soweit gehen will, wie man es auf Grund des Wortlautes annehmen kann, so kommt der grundsätzliche Entscheid bestimmt zum Ausdruck, daß alle jene Anrechnungen von Krisenbezugszeit auf Arbeitslosenunterstützung, die nach der Dezembernotverordnung nach Krisenbezug auf Grund kurzer Anwartschaft erfolgten, in fast allen Fällen zu Unrecht erfolgt sind. Wenn der Krisenbezug nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung vor dem Krisenbezug nach kurzer Anwartschaft vorgeht, wie es der Erlaß klipp und klar sagt, so mußte in fast allen Krisenfällen auf Grund der Aussteuerung Krisenunterstützung gezahlt werden. Diese Krisenunterstützung dürfte aber auch nach der Dezembernotverordnung nicht bei Erfüllung einer neuen vollen Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Und diese Anrechnung ist überall in allen Arbeitsämtern erfolgt, weil man hier die Krise auf kurze Anwartschaft, also die anrechnungsfähige Krise vor der Krise auf Aussteuerung vorausgehen ließ.

Jeder Arbeitslose, der auf Grund eines früheren Krisenunterstützungsbezuges nach Erwerb eines neuen versicherungsmäßigen Arbeitslosenanspruches in der Dauer der Bezugszeit der Arbeitslosenversicherung gekürzt worden ist, wird daher gut tun, sofort beim Spruchauschuß gegen die Anrechnung der Krisenbezugszeit Einspruch einzulegen. In fast allen Fällen werden die Arbeitslosen eine Rückzahlung erhalten oder aber die Bezugszeit der Arbeitslosenunterstützung erheblich verlängert bekommen.

## Internationale der Arbeitsinvaliden.

In Zürich fand dieser Tage die V. Internationale Konferenz der organisierten Arbeitsinvaliden statt. Dieser jüngste Zweig der internationalen Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren eine recht erfreuliche Entwicklung durchgemacht. Im Jahre 1924 waren bei der Gründung in Genf drei Länderorganisationen mit etwa 160 000 angeschlossenen Mitgliedern vertreten. Seitdem hat sich die Zahl der angeschlossenen Organisationen verdoppelt und die Mitgliederzahl ist auf weit mehr als 500 000 gestiegen. Die immer stärker zunehmende Aktivität bildet auch für die Zukunft die sicherste Grundlage für einen gesunden Ausbau der internationalen Vereinigung.

Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Benno Karkun-Berlin, das sich im wesentlichen mit dem Stand der Organisation und den zu überwindenden Schwierigkeiten, sowie den Zukunftsaussichten für die organisatorische Entwicklung beschäftigte, wurden in Form einer einstimmig angenommenen Entschließung festere Organisationsrichtlinien für die Internationale Vereinigung der Arbeitsinvaliden geschaffen.

In der Entschließung ist ausgesprochen, daß die Vereinigung auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht und sich mit ihr verbunden fühlt. Die gemeinsamen Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet sollen durch Einwirkung auf die internationalen sozialen Institutionen verwirklicht werden. Die Entschließung spricht ferner aus, daß als entscheidende Grundlage für gemeinsame erfolgreiche Arbeit absolute Freundschaft und Kameradschaftlichkeit erforderlich sei.

Mit dem Internationalen Arbeitsamt wirkt die Internationale Vereinigung seit Jahren im besten Einvernehmen zusammen. Auf der diesjährigen Konferenz kam das zum Ausdruck durch die Anwesenheit des Vertreters des IAA, Herrn Dr. Stein aus Genf, der gleichzeitig ein großangelegtes Referat über den Stand der internationalen Sozialpolitik hielt.

In der Entschließung, die dazu einstimmig angenommen wurde, wird auf die verstärkten Schwierigkeiten in der Sozialversicherung aller Länder hingewiesen, als Folge unserer besonderen Zeitercheinungen: Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Kriegsfolgen, Weltwirtschaftskrisen usw.

„Obwohl es höchste Zeit ist“, so lautet die Resolution zum Schluß, „soziale und kulturelle Wiederaufbauarbeit in allen Ländern zu leisten, werden statt dessen die hierzu notwendigen Mittel für unsinnige Militärausgaben verschwendet. Die jetzt eingeleitete Neugestaltung der internationalen Kriegsschuldenfrage kann schließlich nur dann wirklichen Erfolg haben, wenn an Stelle von Rüstungspolitik eine Politik der Kultur und Menschlichkeit tritt.“

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Monte, 19. Ubr., sagen die Gruppen: **Wilmersdorf:** Gruppenheim Wilmersdorf, Bismarckstr. 1. **West:** 2. Gruppe Schönhaide. — **Schöneberg:** Jugendheim, Reichshagenstraße, Reichstr. 11. (Mädchenheim im Reichstr.) **Wedding:** Jugendheim Riffingstr. 44. **Neukölln:** Jugendheim Pantan (Sonder- u. Mädchen-Gruppen). — **Gewerkschaftsbezirk:** Engländerstr. 2-3. **Coal 1:** Ein Tag in Paris. — **Wedding:** Jugendheim Wilmersdorf. **Neukölln:** Jugendheim Wilmersdorf. **West:** Die Arbeit der freien Gewerkschaftlichen Jugendzentrale. — **Ostend:** Jugendheim Rasthofstr. 17. **Wilmersdorf:** 44 (Rast-Schule), Gewerkschaften und Berufsschule. — **Tempelhof:** Schule Wilmersdorfstr. 53-54 (Hetzlerstr.), Jugend-Gruppen, Amselstr.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Monte, Dienstag, haben folgende Veranstaltungen statt: **Kreuzberg:** Jugendheim Rasthofstr. 17-19. **Westend:** **Wilmersdorf:** Jugendheim Wilmersdorf. **West:** Der Sprech- und Bewegungssport über ab 20 Uhr in der Turnhalle Rasthofstr. 17. — **Spiel im Freien:** ab 18 Uhr auf dem Grotzplatz Tiergarten, im Schillerpark, auf der Wiese 7 im Reptilienpark und ab 19 Uhr auf dem Tempelhofer Feld, Flughafen-Eingang.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Kimmich; Gewerkschaftsbewegung: Reichr. Karkun; Familien: Dr. John Schilow; Solace und Conscience: Fritz Karkun; Anzeigen: E. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Berlin-Druckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, Stern 2 Verlag.

Sogar Kettenraucher schützen sich durch **Wismar** vor Katarrh und nach Tabak riechendem Atem!